



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5247 Marti Samira Vereinfachung der Zivilstandsbezeichnungen

Im Bericht zum Postulat Fehr 12.3607 von 2015 stellte der Bundesrat fest, dass die heutigen Zivilstandsbezeichnungen überdacht und eine Reduktion ihrer Anzahl geprüft werden sollte.

- Was ist hierzu der aktuelle Stand?
- Sind entsprechende gesetzliche Anpassungen angedacht?
- Prüft der Bundesrat im Rahmen des Berichts zum Postulat Flach 18.3690 tatsächlich, ob in der Gesetzgebung auf das Geschlecht als rechtliche Anknüpfung verzichtet werden kann?

Antwort

Der Bundesrat stellt bei Gesetzgebungsprojekten generell sicher, dass die Angabe des Zivilstandes nur dort verlangt wird, wo diese für die Aufgabenerfüllung einer Behörde tatsächlich notwendig ist. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht persönliche Angaben preisgeben müssen, die für den Rechtsverkehr nicht notwendig sind. Der Bundesrat wird bei der Umsetzung der parlamentarischen Initiative 13.468 «Ehe für alle» in der Zivilstandsverordnung sodann prüfen, ob die personenstandsrechtliche Begrifflichkeit vereinfacht werden kann.

Darüber hinausgehende Anpassungen vom Gesetzen oder Verordnungen sind zurzeit nicht geplant.

Das Postulat Flach 18.3690 wurde am 13. Juni 2019 im Nationalrat abgelehnt, weshalb der Bundesrat hier keinen Prüfungsauftrag hat.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5262 Marti Samira

Private Sponsorship: Wann sind konkrete Schritte zu erwarten?

Im Umsetzungskonzept Resettlement vom 29. Mai 2019 hat sich der Bundesrat dazu bereit erklärt, die Erarbeitung der heute fehlenden gesetzlichen Grundlagen zur Einführung von Private Sponsorship zu prüfen und dabei auch die Erfahrungen anderer Staaten (beispielsweise Italien oder Deutschland) in diesem Bereich zu berücksichtigen. Wie sieht der Zeitplan dieser Abklärungen aus? Was ist der konkrete inhaltliche Zwischenstand?

Antwort

Mit Beschluss vom 29. Mai 2019 hat der Bundesrat das Konzept zur Aufnahme von Flüchtlingen verabschiedet und ein Resettlement-Programm für die Jahre 2020 und 2021 genehmigt. Gleichzeitig hat er mit der Umsetzung des Aufnahmeprogramms die Einsetzung einer Begleitgruppe bestehend aus Vertretern der Bundesverwaltung, der Kantone, des Städte- und Gemeindeverbands, der Schweizerischen Flüchtlingshilfe sowie des UNHCR beschlossen. Wie bereits in Beantwortung der Frage 20.5125 Gysin Greta «Private Sponsorship of Refugees Program» in der Schweiz festgehalten, wirft ein sogenanntes Private Sponsorship, zusätzlich zur traditionellen Aufnahme von Flüchtlingen durch den Bundesrat, zahlreiche grundsätzliche rechtliche und finanzielle Fragen auf, welche beispielsweise die ausländerrechtliche Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kantonen und Städten und Gemeinden sowie die Fürsorgepflicht betreffen. Die Prüfung dieser Fragen ist im Gang und sollte bis Ende 2020 abgeschlossen werden können.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5277 Guggisberg Linksradikale Anschläge auf Bundesasylzentrum

Bereits zum dritten Mal wurde das Bundesasylzentrum Kappelen letzten Februar durch linksautonome Aktivisten angegriffen.

- Was haben alle diese Anschläge die Steuerzahlenden gekostet (inkl. alle Schäden und Folgekosten, z. B. Umzug nach Boltigen)?
- Welche Massnahmen hat der Bund getroffen, um die Täterschaft zu ermitteln?
- Welche Massnahmen wurden getroffen, um solche Anschläge künftig zu verhindern?

Antwort

Im baulichen Bereich entstanden gemäss Bundesamt für Bauten und Logistik Schäden in Höhe von rund CHF 800'000.-. Die Ausgaben für die seit dem Anschlag angeordnete Bewachung der Liegenschaft belaufen sich auf rund CHF 50'000.- pro Monat. Der Ausbau des Bundesasylzentrums Kappelen wird sich durch den Anschlag verzögern. Die Unterkunft in Boltigen wurde nicht aufgrund des Anschlags in Kappelen, sondern zur Umsetzung der Empfehlungen des BAG in Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Krise eröffnet.

Die zuständigen kantonalen Polizeiorgane zur Tatortermittlung waren vor Ort und haben die nötigen Untersuchungen eingeleitet.

Die Sicherheitsmassnahmen zum Schutz der Bundesasylzentren werden objektbezogen und laufend zwischen dem BBL und dem SEM abgesprochen. Dabei kann mit technischen Massnahmen und Rundgängen durch Sicherheitspersonal Vandalenakten vorgebeugt werden.



Ora delle domande del 8 giugno 2020

Domanda 20.5295 Marchesi

Libera circolazione delle persone anche per i sans-papiers italiani?

Secondo quanto riportato dai media (ad es. NZZ del 10 maggio 2020), il Ministro dell'Agricoltura italiano Teresa Bellanova vuole legalizzare il soggiorno di 600.000 migranti clandestini (sans-papier).

Una volta regolarizzati questi migranti potranno beneficiare della libera circolazione delle persone con la Svizzera?

Il Consiglio federale intende impedire loro l'accesso in Svizzera? Come?
È a conoscenza se anche altri Stati dell'UE vogliono legalizzare immigrati clandestini?

Risposta

Die Regularisierung von Sans-Papiers in Italien hätte nur marginale Auswirkungen auf die Schweiz. Drittstaatsangehörige können sich nämlich nur dann auf die Personenfreizügigkeit berufen, wenn sie für maximal 90 Tage im Jahr als Arbeitnehmende in die Schweiz entsandt werden und wenn sie zuvor seit mindestens einem Jahr auf dem regulären Arbeitsmarkt in einem EU/EFTA-Mitgliedsstaat zugelassen waren. Diese Bedingung dürfte bei den regularisierten Sans-Papiers kaum erfüllt sein. Alle anderen Freizügigkeitsrechte sind EU/EFTA-Staatsangehörigen und ihren Familienangehörigen vorbehalten. Sofern Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltstitel in einem Schengen-Mitgliedstaat die üblichen Einreisevoraussetzungen erfüllen, können sie grundsätzlich von der Reisefreiheit im Schengen-Raum profitieren, zum Beispiel als Touristen, sobald die Grenzen wieder geöffnet werden. Bestrebungen von anderen EU/EFTA-Staaten zur Regularisierung von Sans-Papiers sind dem Bundesrat nicht bekannt.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5301 Imark

Spielt der Bundesrat mit der Gesundheit der eigenen Bevölkerung?

Im Zusammenhang mit der viel zu spät erfolgten Grenzschiessung gegenüber Italien machte Bundesrätin Keller-Sutter in der NZZ vom 15. Mai 2020 folgende Aussage: «Es war wichtig, eine Lösung zu finden, die zwischen der Schweiz und Italien nicht für Verstimmungen sorgt.»

Hält der Bundesrat diplomatische Befindlichkeiten somit für wichtiger als die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung?

Antwort

Bei den Entscheidungen zu den Ein- und Ausreisebeschränkungen haben für den Bundesrat die epidemiologische Situation und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung oberste Priorität. Deswegen steht der Bundesrat auch laufend in Kontakt mit den Nachbarstaaten. So liegt es im gesundheitspolitischen Interesse der Schweiz, dass etwa Schweizer Spitäler auch während der Corona-Krise auf die Arbeit der angestellten Grenzgängerinnen und Grenzgänger zählen konnten. Der Bundesrat wollte deshalb sicherstellen, dass italienische Grenzgänger in die Schweiz einreisen und in den Spitälern im Tessin ihre Tätigkeiten ausüben konnten. Alleine im Kanton Tessin arbeiten etwa 4000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger im Gesundheits- und Sozialwesen.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5302 Töngi

Wer kontrolliert ein Betriebsstättenmodell?

Dank einem Betriebsstättenmodell können auf dem Bürgenstock Wohnungen verkauft werden, ohne dass die Lex Koller zum Tragen kommt. Käuferinnen müssen diverse Dienstleistungen miteinkaufen. Der Bund gab seine Zustimmung zu diesem Modell und damit zu einer Ausnahme der Lex Koller.

Was ist die gesetzliche Grundlage für das Betriebsstättenmodell?

Liegt das Betriebsstättenmodell dem Bund vor?

Wie kontrolliert der Bund die Einhaltung des Betriebsstättenmodells?

Antwort

Gesetzliche Grundlage für das «Betriebsstättenmodell» bildet Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG). Danach bedarf der Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland keiner Bewilligung, wenn die Grundstücke als ständige Betriebsstätte eines Handels-, Fabrikations- oder eines anderen nach kaufmännischer Art geführten Gewerbes, eines Handwerksbetriebes oder eines freien Berufes dienen. Wird ein Grundstück hotelmässig bewirtschaftet, liegt nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts dann eine Betriebsstätte vor, wenn die hotelmässigen Dienstleistungen gegenüber dem gewerbsmässigen Überlassen von Wohnraum in den Vordergrund treten (BGE 106 Ib 209). Ob die hotelmässigen Dienstleistungen überwiegen, ist nach den Umständen des Einzelfalls, von der kantonalen Bewilligungsbehörde zu beurteilen. Sie bedarf dafür nicht der Zustimmung des Bundes.

Das Bundesamt für Justiz (BJ) verfügt in Verfahren über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland über ein Beschwerderecht. Deshalb müssen die Kantone ihre Verfügungen dem BJ eröffnen (Art. 17 Abs. 3 BewG). Der Nidwaldner Entscheid betreffend das Bürgenstock Resort wurde dem BJ in diesem Rahmen ordnungsgemäss eröffnet.

Zur langfristigen Sicherstellung der hotelmässigen Bewirtschaftung werden üblicherweise Auflagen verfügt. Deren Einhaltung prüft primär die kantonale Bewilligungsbehörde. Erst wenn diese nicht handelt, obliegt diese Überprüfung den beschwerdeberechtigten Behörden, somit also der beschwerdeberechtigten kantonalen Behörde



und dem BJ (Art. 11 Abs. 5 der Verordnung über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland; BewV).



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5322 Brenzikofer

Fragen bezgl. den Vorkommnissen im BAZ Bässlergut

1. Wie viele Gewaltvorfälle in BAZ mit dem Sicherheitspersonal sind schweizweit aktenkundig?
2. Wie sieht das Präventionskonzept des SEM aus?
3. Was sind die Anforderungen, die das SEM an Sicherheitspersonal in BAZ bei der Ausschreibung stellt?
4. An wen können sich die von Gewalt betroffenen Bewohner*innen in ihrer Muttersprache wenden?
5. Gibt es ein internes Meldesystem, wenn andere Mitarbeiter *innen von Übergriffen erfahren und wie werden diese "Whistleblower" geschützt?

Antwort

Frage 1

Im Jahr 2020 wurden bis dato 233 Ereignisse im Zusammenhang mit tätlichen Auseinandersetzungen rapportiert, was sich in der Bandbreite der letzten 4 Jahre bewegt. Die Sicherheitsdienstleister werden bei körperlichen Auseinandersetzungen immer aktiv und stellen so den Schutz aller Beteiligten sicher. Hinweisen auf ein mögliches Fehlverhalten des Sicherheitspersonals geht das SEM systematisch nach. Es sind jedoch in den 4 vergangenen Jahren nur 3 Fälle aktenkundig, in denen Vorwürfe wegen körperlichen Übergriffen durch das Sicherheitspersonal erhoben wurden. In diesen drei Fällen wurden die betroffenen Mitarbeiter für Dienste im Auftrag des SEM gesperrt

Frage 2

Jedes Bundesasylzentrum verfügt entweder bereits über ein Konzept zur Gewaltprävention oder erarbeitet ein solches im Verlaufe dieses Jahres. Darin werden Situationen analysiert, welche zu Gewaltvorfällen führen können und entsprechende Massnahmen zur Gewaltverhinderung aufgezeigt. So soll etwa bereits bei der Zimmerbelegung Rücksicht auf die individuelle Situation der Gesuchstellenden genommen werden und das Personal im Sicherheitsbereich wird spezifisch geschult.



Frage 3

Die Anforderungen an sämtliche Mitarbeitenden der in den Bundesasylzentren tätigen Sicherheitsfirmen werden bei Vertragsabschluss im Detail vereinbart. Das SEM geht dabei über die Anforderungen der Verordnung über den Einsatz privater Sicherheitsfirmen durch den Bund hinaus. Das eingestellte Personal muss besonders hohe Kommunikations- und interkulturelle Kompetenzen haben und über vertiefte Kenntnisse der Grundrechte und des Persönlichkeitsschutzes verfügen. Ordnungsdienstpersonal muss zudem in verbaler Deeskalation und erster Hilfe geschult sein sowie gesundheitliche Risiken der Gewaltanwendung beurteilen können. Sämtliche Anforderungen sind nachzuweisen und werden periodisch aufgefrischt.

Frage 4 + 5

Für Asylsuchende wie auch Mitarbeitende, die von Gewalt betroffen sind oder davon erfahren haben, gibt es in jedem BAZ eine spezifisch designierte Ansprechperson. Das SEM organisiert bei Bedarf auch entsprechende Dolmetscher. Zudem sind in allen BAZ unabhängige Seelsorger anwesend und seit 01.03.2019 auch Rechtsvertreter, an welche sich alle Asylsuchenden jederzeit wenden können.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5352 Gafner

Leihmutterschafts-Aufträge in osteuropäischen Ländern

Corona hat ungewollt die bedenkliche Situation mit Leihmutterschafts-Handel und Ausbeutung der betroffenen Frauen in Armut ans Tageslicht gebracht.

1. Wieviele Fälle von Leihmutterschafts-Aufträgen in den letzten 5 Jahren sind der Bundesverwaltung bekannt?
2. Hat der Bundesrat Kenntnis von in der Schweiz tätigen Vermittlungsorganisationen für Leihmutterschafts-Aufträgen?
3. Betrachtet der Bundesrat die Ausbeutung von Frauen in Armut in anderen Ländern mit Art. 7 BV (Menschenwürde) vereinbar?

Antwort

Zur Anzahl Leihmutterschafts-Aufträgen aus der Schweiz bestehen keine offiziellen Zahlen. Die Schweizer Behörden werden oft erst zum Zeitpunkt der Eintragung im Zivilstandsregister involviert.

Gemäss Fortpflanzungsmedizingesetz (Art. 31 Abs. 2) ist die Vermittlung von Leihmutterchaften in der Schweiz strafbar. Dem Bundesrat sind keine Vermittlungsorganisationen in der Schweiz bekannt.

Die Bundesverfassung (Art. 119 Abs. 2 Bst. d BV) und das Bundesgesetz über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Art. 4 des Fortpflanzungsmedizingesetzes) verbieten Leihmutterchaft, ausgehend von der Menschenwürde (Art. 7 BV), ausdrücklich. Verschiedene Staaten erachten die Leihmutterchaft an sich – oder jedenfalls gewisse Formen der Leihmutterchaft – hingegen als zulässig und haben entsprechende gesetzliche und behördliche Rahmenbedingungen und Verfahren zum Schutz der Leihmütter geschaffen, deren moralische Beurteilung dem Bundesrat nicht zusteht.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5363 Aeschi Thomas

Weiterhin noch kaum Rückschaffungen von illegalen Wirtschaftsmigranten zurück nach Eritrea

Wie setzt sich die Schweiz für eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit Eritrea im Rückkehrbereich ein? Ausser den regelmässig stattfindenden bilateralen Gesprächen, was plant das SEM konkret, um die gewünschte Verbesserung im Rückkehrbereich herbeizuführen? Welches Ziel hat das SEM konkret im Rückkehrbereich mit Eritrea? Was sind die jüngsten Zahlen betr. der «Identifikation und Rückschaffung eritreischer Staatsangehöriger»?

Frage 20.5364 Aeschi Thomas

Weiterhin noch kaum Rückschaffungen von illegalen Wirtschaftsmigranten zurück nach Afghanistan

Nach fast zweijähriger Blockade konnte vor etwas mehr als einem Jahr, im März 2019, erstmals wieder eine polizeilich begleitete Rückführung durchgeführt werden. Sind die Vollzugsprobleme mit diesem Land in der Zwischenzeit behoben? Sind jetzt Sonderflüge nach Afghanistan erlaubt respektive ist die Teilnahme für die Schweiz an Sammelflügen möglich?

Frage 20.5365 Aeschi Thomas

Weiterhin noch kaum Rückschaffungen von illegalen Wirtschaftsmigranten zurück nach Somalia

Im November 2018 konnte erstmals seit Jahren eine polizeilich begleitete Rückführung durchgeführt werden. Haben seither weitere begleitete Rückführungen nach Somalia stattgefunden? Wie viele sind in Planung? Wie viele islamistische Gefährder aus Somalia gibt es, die in der Schweiz auf eine Rückschaffung in ihr Herkunftsland warten?

Frage 20.5366 Aeschi Thomas

Weiterhin noch kaum Rückschaffungen von illegalen Wirtschaftsmigranten zurück nach Marokko

Wie setzt sich die Schweiz für eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit Marokko im Rückkehrbereich ein? Wie hat sich die Zusammenarbeit mit den marokkanischen Behörden in der jüngsten Zeit entwickelt? Was sind die jüngsten Zahlen betr. der «Identifikation und Rückschaffung marokkanischer Staatsangehöriger»?



Antwort

Infolge der Auswirkungen von COVID-19 haben nahezu alle Staaten Einreisebeschränkungen und spezielle Grenzregimes erlassen. Zudem haben viele Fluggesellschaften ihre Dienstleistungen stark eingeschränkt. Trotz dieser erheblichen Einschränkungen wurde der Wegweisungsvollzug nicht ausgesetzt. So wurde etwa die Zusammenarbeit mit den ausländischen Vertretungen im Bereich der Reisepapierbeschaffung, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, weitergeführt. Es wurden zudem mehrere Spezialflüge für freiwillige Rückkehrende organisiert.

Es sind derzeit einzelne sogenannte Gefährderfälle in der Rückkehrunterstützung pendent. Aus Datenschutzgründen sowie um zu verhindern, dass die nächsten Schritte im Rahmen des Wegweisungsvollzugs beeinträchtigt werden könnten, wird auf eine Aufzählung der Staatsangehörigkeit verzichtet.

Was die in den Fragen erwähnten Länder betrifft, so engagiert sich die Schweiz bezüglich Eritrea nicht nur auf bilateraler Ebene, sondern auch im Rahmen eines gemeinsamen Vier-Länder-Dialogs mit Deutschland, Schweden und Norwegen. Das SEM prüft zudem insbesondere Möglichkeiten, die freiwillige Rückkehr nach Eritrea durch die Schaffung beruflicher Perspektiven zu fördern. Dies setzt jedoch eine Bereitschaft der eritreischen Behörden zur Zusammenarbeit voraus. Per 30.4.2020 sind 453 Personen in der Rückkehrunterstützung pendent.

Bezüglich Afghanistan konnte die operationelle Umsetzung des Rückübernahmeabkommens verbessert werden. Dazu trägt ein jährlich stattfindender Dialog bei, an welchem die einzelnen Aspekte dieser Zusammenarbeit diskutiert werden. So konnten im Jahr 2019 insgesamt 5 Personen zwangsweise nach Afghanistan zurückgeführt werden. Per 30.4.2020 sind 126 Personen in der Rückkehrunterstützung pendent.

Nach Somalia konnten seit November 2018 insgesamt vier Personen zurückgeführt werden. Per 30.4.2020 sind 60 Personen in der Rückkehrunterstützung pendent.

Mit den marokkanischen Behörden arbeitet die Schweiz im Bereich der Identifikation und Ersatzpapierbeschaffung eng zusammen. Auf politischer Ebene sind für die zweite Jahreshälfte 2020 Konsultationen mit Marokko geplant, anlässlich derer auch die Migration ein zentrales Thema sein wird. Per 30.4.2020 sind 220 Personen in der Rückkehrunterstützung pendent.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5367 Aeschi Thomas

Migrationspartnerschaften mit dem Kosovo, mit Bosnien und Herzegowina, sowie mit Serbien

Seit 2010 bestehen mit dem Kosovo, mit Bosnien und Herzegowina, sowie mit Serbien Migrationspartnerschaften. Gemäss der Evaluation aufgrund des Postulats 12.3858 haben diese «Migrationspartnerschaften [keine] direkten Auswirkungen auf die Entwicklung der Asylgesuchszahlen bzw. auf die Entwicklung der irregulären Migration in der Schweiz sowie die Rückkehrzahlen ins Herkunftsland». Weshalb hält der Bundesrat diese Migrationspartnerschaften weiterhin aufrecht?

Antwort

Die Schweiz unterhält insgesamt sechs Migrationspartnerschaften. Zusätzlich zu den in der Frage genannten Partnerländern wurden Partnerschaften mit Nigeria, Tunesien und Sri Lanka abgeschlossen. Die Evaluation der Migrationspartnerschaften von 2014 in Beantwortung des Postulats «12.3585 Amarelle» stellte einen eindeutigen Mehrwert der Migrationspartnerschaften im Vergleich zu anderen Ansätzen in der bilateralen Zusammenarbeit im Migrationsbereich fest. Diese decken eine große Bandbreite von Themen ab, institutionalisieren und legitimieren eine langfristige Kooperation und bieten ganzheitliche Lösungsansätze. Zu diesen Lösungsansätzen zählen bei allen Migrationspartnerschaften insbesondere die Stärkung der staatlichen Migrationsstrukturen, der Aufbau nationaler Registrierungs- und Asylsysteme, die vertiefte Zusammenarbeit im Wegweisungsvollzug wie auch die Bekämpfung irregulärer Migration. Bei den genannten Ländern mit einer längerfristigen Migrationspartnerschaft konnte in den letzten Jahren ein teils markanter Rückgang der Asylgesuche festgestellt werden. Zu den vom Fragesteller genannten Staaten des Westbalkan ist zudem zu erwähnen, dass der Zusammenarbeit im Hinblick auf deren zunehmende Bedeutung als Transitstaaten irregulärer Migration nach Europa weiterhin grosse Bedeutung zukommt.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5239 Feller Avenir de la protection de l'espace aérien

La population suisse se prononcera, le 27 septembre prochain, sur le principe de l'acquisition de nouveaux avions de combat. Dans quelle mesure est-ce qu'un refus pourrait porter préjudice à l'avenir de la protection aérienne suisse? En d'autres termes, existe-t-il un plan B pour protéger notre espace aérien au-delà de 2030?

Réponse

La Suisse dispose actuellement d'un système global de défense aérienne. D'ici 2030, les F/A-18 Hornet en service atteindront la fin de leur durée d'utilisation. C'est pourquoi ils devront être remplacés d'ici là. Les F-5 Tiger sont déjà obsolètes.

Sans renouvellement des moyens actuels, il ne sera plus possible de garantir la protection de la population contre les menaces provenant des airs d'ici une dizaine d'années. Cela aura des implications militaires et de politique de sécurité importantes qui dépassent largement le seul cadre des Forces aériennes. Cela explique le fait que le renouvellement demandé est une question de grande portée politique. Il s'agit de savoir si l'on veut protéger ou non la population contre les menaces aériennes.

L'acquisition d'avions de combat est un processus de longue haleine qui prend environ 10 ans. Le remplacement des moyens existants de protection des personnes contre les menaces aériennes doit donc être lancé maintenant. Ce n'est qu'ainsi que la Suisse pourra continuer à protéger l'ensemble de sa population au-delà de 2030.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5248 Riniker Finanzierung neuer Kampfflugzeuge

Der Bundesrat wird aufgefordert, folgende Frage zu beantworten:
Die Schweizer Bevölkerung wird voraussichtlich am 27. September 2020 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge entscheiden. In den Medien wurden in Bezug auf die Betriebs- und Unterhaltskosten Zahlen genannt. So würden die Anschaffung und die darauffolgenden Betriebs- und Unterhaltskosten gemäss Referendumsbefürwortern 24 Mrd. CHF ausmachen. Was sagt das VBS dazu?

Frage 20.5293 Seiler Graf Kosten der neuen Kampjets über die gesamte Nutzungsdauer

Gemäss Aussagen in der Sonntagszeitung vom 31. Mai 2020 geht das VBS in einer Schätzung von 18 Milliarden Franken aus, welche die neuen Kampfflugzeuge über die gesamte Nutzungsdauer kosten würden.

- Was ist die Grundlage, auf welcher diese Schätzung basiert?
- Weshalb hat das VBS nicht früher über diese Kostenschätzung informiert (zum Beispiel während der parlamentarischen Debatte)?
- In welcher Bandbreite kann diese Zahl in Abhängigkeit von dem zukünftig gewählten Flugzeugtypen variieren?

Antwort

Der Bundesbeschluss sieht vor, dass der Bund für die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge höchstens 6 Milliarden Franken ausgeben darf.

Die Betriebskosten präzise anzugeben, ist nicht möglich, wenn weder der Typ noch die Anzahl der neuen Flugzeuge bestimmt sind. Als Faustregel dürften die über 30 Jahre aufgerechneten Betriebskosten etwa doppelt so hoch ausfallen, wie die Beschaffungsausgaben. Diese Erkenntnis stützt sich auf die Erfahrungen beim Betrieb der Schweizer Kampfflugzeuge, im Besonderen der F/A-18-Flotte, über die letzten Jahrzehnte.

Die Betriebskosten fliessen in die Evaluation für das neue Kampfflugzeug ein. Beschaffung und Betrieb der Flugzeuge werden aus dem ordentlichen Armeebudget finanziert und gehen nicht zulasten anderer Bundesaufgaben.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5257 Addor

Appel de la Grève du Climat à la grève militaire: y aura-t-il des poursuites pénales?

Le 11 mai 2020, la Grève du Climat Vaud et Genève a publiquement appelé à faire grève militaire, en particulier à ne pas donner suite aux ordres de marche et à refuser de payer la taxe militaire. Cette action a été annoncée par une lettre ouverte adressée au Gouvernement, au DDPS et à l'Armée: Ainsi défié, le Conseil fédéral a-t-il dénoncé au Ministère public de la Confédération cette infraction manifeste à l'art. 276 CP ou entend-il le faire ?

Réponse

Le Conseil fédéral n'a pas déposé de plainte auprès du Ministère public de la Confédération en réponse à cette lettre ouverte et n'a pas non plus l'intention de le faire. La liberté d'opinion garantie par la Constitution fédérale et la punissabilité prévue à l'article 276 du code pénal doivent être mises en balance dans chaque cas particulier.

Le droit pénal sert à prévenir et à punir les crimes et les délits. Il ne vise pas à restreindre la liberté d'opinion ou à prévenir quelque opinion indésirable.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5284 de Montmollin Rôle des Forces aériennes suisses – I

À partir de 2030, de nouveaux avions de combat seront achetés pour un montant maximum de 6 milliards de francs suisses et remplaceront les avions de 1978 et 1996. Mes questions sont les suivantes :

- Pourquoi la Suisse doit-elle acquérir de nouveaux avions de combat?
- Est-il indispensable de renouveler l'entier de la flotte militaire ?
- La Suisse peut-elle se permettre ces dépenses en période de Covid-19 ?

Réponse

Le Conseil fédéral et le Parlement veulent continuer à protéger la population suisse contre les menaces aériennes. En cas de menace terroriste persistante, l'armée a pour tâche de contrôler plus intensément l'espace aérien sur une longue période. Les avions de combat peuvent intervenir, par exemple, si des attaques terroristes risquent d'être menées avec des avions de ligne ou des petits avions détournés. Sans protection aérienne, l'armée ne pourrait plus déployer efficacement ses troupes au sol en cas de conflit armé. La flotte actuelle sera mise hors service vers 2030. Pour que les Forces aériennes puissent continuer à remplir leurs missions au-delà de 2030, de nouveaux avions de combat sont nécessaires. La crise sanitaire résultant de la pandémie du COVID-19 a démontré que l'armée doit être prête à faire face à toute une palette de menaces et de dangers pour être en mesure de protéger la population suisse.

Les Forces aériennes suisses disposent actuellement de deux types d'avions de combat. D'une part, 26 F-5 Tiger vieux d'environ 40 ans et qui ne sont plus utilisés qu'à des fins de formation. D'autre part, 30 F/A-18 Hornet introduits dans les années 1990 ; s'ils peuvent encore assurer aujourd'hui toutes les tâches qui leur sont imparties, leur entretien est toutefois de plus en plus coûteux. Par ailleurs, plus ils vieillissent, moins ils peuvent être engagés avec des chances de succès. Les F/A-18 atteindront la fin de leur durée d'utilisation opérationnelle vers 2030 ; ils devront alors être mis hors service. Cela signifie que nous ne disposerons alors plus d'avions de



combat opérationnels. La totalité de la flotte existante doit donc être remplacée d'ici 2030.

L'arrêté fédéral stipule que la Confédération peut dépenser au maximum 6 milliards de francs pour acquérir de nouveaux avions de combat. L'armée financera cette acquisition et l'exploitation de ces avions avec son budget ordinaire. Selon la décision du Conseil fédéral de 2017, le budget de l'armée qui a jusqu'à présent connu une croissance inférieure à la moyenne, sera augmenté annuellement d'environ 1,4 % au cours des prochaines années. Cela correspond à peu près à la croissance moyenne des autres budgets fédéraux et permet un renouvellement des autres grands systèmes de l'armée.

L'acquisition et l'exploitation des avions seront financées par le budget ordinaire de l'armée et ne se feront pas au détriment d'autres tâches fédérales.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5285 de Montmollin Rôle des Forces aériennes suisses – II

À partir de 2030, de nouveaux avions de combat seront achetés pour un montant maximum de 6 milliards de francs suisses et remplaceront les avions de 1978 et 1996. Mes questions sont les suivantes :

- Des conférences internationales de paix pourraient-elles être organisées à l'avenir au siège européen de l'ONU à Genève si la Suisse ne disposait plus d'une force aérienne propre ?
- Si non, quelles conséquences financières cela aurait-il pour la Suisse en tant que haut lieu du multilatéralisme ?

Réponse

La protection des grandes conférences internationales est l'une des tâches essentielles des Forces aériennes suisses. Lorsque de tels événements réunissant des participants de haut rang international sont organisés sur son territoire, il revient à l'État hôte de sécuriser également l'espace aérien concerné.

Sans forces aériennes dotées d'avions de combat très performants, la Suisse ne serait plus en mesure de garantir seule la sécurité de grands événements internationaux. Cela s'applique tant aux conférences internationales qui se tiennent à Genève qu'à d'autres événements majeurs tels que la réunion annuelle du WEF à Davos. De plus, l'attractivité du siège européen des Nations Unies à Genève n'en serait pas non plus renforcée.

Il n'est guère possible de déterminer précisément quelles seraient les conséquences financières s'il n'était plus possible d'organiser des conférences internationales à Genève. Quoi qu'il en soit, le Conseil fédéral estime que l'accent ne doit pas tant être mis sur des considérations financières que sur le maintien de la réputation acquise par la Suisse comme État hôte de conférences internationales, intervenant dans des médiations et acteur de la promotion de la paix.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5333 Trede Finanzielle Unterstützung der in der Schweiz ansässigen internationalen Sportverbände?

In seiner Medienmitteilung vom 13.5.20 schreibt der Bundesrat "Im Weiteren beauftragt der Bundesrat das VBS, die Gewährung rückzahlbarer Darlehen an internationale Sportorganisationen zu prüfen."

1. Wie ist der heutige Stand?
2. Finden dazu Gespräche mit den Verbänden statt?
3. Werden die internationalen Sportverbände mit Sitz in der Schweiz finanziell (zusätzlich) unterstützt?
4. Wie viele und welche der internationalen Sportverbände haben während des Lockdowns Kurzarbeit angemeldet?

Antwort

1. Aktuell werden innerhalb der Bundesverwaltung die Abklärungen gemäss Prüfungsauftrag des Bundesrates gemacht. Das VBS steht diesbezüglich sowohl mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung wie auch dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO in Kontakt. Eine Unterstützung ist nur möglich, wenn eine entsprechende Grundlage auf Gesetzesstufe geschaffen wird. Es wird geprüft, ob diese Rechtsgrundlage im Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie geschaffen werden kann. Das Parlament wird sich somit zu einer möglichen Unterstützung der internationalen Sportorganisationen äussern können.
2. Es haben Gespräche mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOK), dem Kanton Waadt sowie mit den internationalen Sportverbänden stattgefunden. Im Rahmen dieses Austausches erläuterte der Generalsekretär des IOK die schwierige Situation insbesondere der kleinen und mittelgrossen internationalen Sportorganisationen. Diese Organisationen erzielen einen Grossteil ihrer Einnahmen aus der Vermarktung von Sportgrosveranstaltungen (Olympische Sommerspiele, Weltmeisterschaften, Weltcup usw.). Die Coronakrise hat dazu geführt, dass dieses Jahr kaum Anlässe durchgeführt werden können und damit eine wichtige Einnahmequelle wegfällt.



3. Der Bund hat internationale Sportorganisationen bislang nicht finanziell unterstützt. Die finanzielle Situation zahlreicher internationaler Organisationen ist sehr angespannt. Es besteht die Gefahr, dass diese möglicherweise aus Kostengründen die Schweiz verlassen. Dies würde für die betroffenen Standorte mit einem erheblichen Verlust von Arbeitsplätzen einhergehen. Zudem wäre der Wegzug dieser Organisationen aus sportpolitischer Sicht bedauerlich.

4. Gemäss Auskünften des Kantons Waadt haben aktuell knapp 20 Organisationen von der Möglichkeit der Kurzarbeit Gebrauch gemacht. Gemäss Aussagen des IOK haben zudem weitere Sportverbände angekündigt, dass sie bald ein Gesuch um Kurzarbeit stellen müssen.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5256 Addor **Les gitans au-dessus des lois?**

Le 27 mai 2020 à 17h20, 35 caravanes de Gitans en provenance de France ont franchi notre frontière par la douane de Mon-Idée/Thônex. Pourquoi ledit poste de douane n'était-il pas surveillé, combien de procédures pénales ont-elles été ouvertes et pourquoi ces personnes entrées illégalement dans notre pays n'ont-elles pas été refoulées, le cas échéant avec une interdiction d'entrée à la clé ?

Réponse

Die Eidgenössische Zollverwaltung überprüft risikoorientiert, ob eine Person zur Einreise berechtigt ist. Ist dies nicht der Fall, weist sie die Person zurück.

In den vergangenen Wochen haben Fahrende wiederholt versucht, unberechtigt in die Schweiz einzureisen. Ein Grossteil dieser Einreisen konnte verhindert und die Fahrenden zurückgewiesen werden.

Am 27. Mai 2020 sind Fahrende aus Frankreich über den Grenzübergang Mon-Idée (GE) in die Schweiz eingereist. Der Grenzübergang war zu dieser Zeit nicht besetzt. Hingegen wurden mobile Kontrollen durchgeführt. Die Fahrenden wurden zuerst von der Genfer und anschliessend von der Waadtländer Kantonspolizei eskortiert. Die Walliser Kantonspolizei und die Eidgenössische Zollverwaltung stehen seit Niederlassung der Fahrenden in Martigny (VS) in engem Austausch. In Absprache mit der Zentralen Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis hat die Walliser Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Zollverwaltung einen Polizeieinsatz durchgeführt. 16 Personen wurden in Zusammenhang mit den durch die COVID-19-Verordnung 2 eingeschränkten Einreisebestimmungen durch die Eidgenössische Zollverwaltung einvernommen. Die Einvernahmeprotokolle wurden der Zentralen Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis übermittelt, welche für die allfällige Einleitung weiterer Massnahmen zuständig ist. Eine Übergabe an die Staatsanwaltschaft des Kantons Genf ist möglich, da die Widerhandlung im Kanton Genf begangen wurde.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5263 Gutjahr

Öffentliche Aufträge: Schweizer Firmen zuerst!

In einem Interview in der «NZZ am Sonntag» hat BR Guy Parmelin gefordert, man solle bei öffentlichen Ausschreibungen Schweizer Firmen soweit möglich bevorzugen. Recht hat er! Das Ausland schaut auch zuerst für sich, wie die Pandemie-Krise gezeigt hat.

1. Ist der Bundesrat bereit, diesem Appell bei der Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen Taten folgen zu lassen?
2. Welche konkreten Schritte gedenkt der Bundesrat in dieser Richtung zu unternehmen?

Antwort

Zu Frage 1

Ja. Mit dem revidierten Beschaffungsrecht wird auch die volkswirtschaftlich nachhaltige Beschaffung bezweckt. Schweizer Unternehmen, insbesondere die KMU, sind gut aufgestellt, um bei öffentlichen Beschaffungen grosse Chancen auf den Zuschlag zu haben.

Zu Frage 2

Bei der Umsetzung der revidierten Erlasse wird ein besonderes Augenmerk auf die angestrebte neue Vergabekultur mit mehr Nachhaltigkeit, Qualitätswettbewerb und Innovation in Beschaffungsverfahren gelegt. Dem Bundesrat ist es dabei ein Anliegen, dass in die Praxisgestaltung auch die Sicht der Anbieter einfließt. Aus diesem Grund führen die Beschaffungskonferenz des Bundes und die Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren konstruktive Dialoge mit Branchenverbänden über die Umsetzungsinstrumente für die Neuerungen im öffentlichen Beschaffungswesen.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5269 Prezioso

Dette des pays pauvres: leur annulation s'impose

La Suisse s'engage, aux côtés du FMI et de la BM, en faveur d'une réduction de la dette des pays pauvres via une participation au Fonds fiduciaire ARC (ou CCRT) du FMI. Outre cet engagement, le Conseil fédéral entend-t-il prendre des mesures en faveur d'une annulation des dettes des pays pauvres dues à la Confédération ou à des institutions publiques suisses afin de les aider face à la crise générée par la pandémie?

Réponse

Nebst dem in der Frage erwähnten Beitrag der Schweiz an den IWF-Katastrophenhilfefonds (CCRT) unterstützt der Bundesrat eine weitere internationale Schuldenmassnahme im Kontext der Covid-19-Pandemie. Es ist dies die Initiative von G20, Pariser Club, IWF und Weltbank zur temporären Sistierung des Schuldendienstes der ärmsten Länder gegenüber ihren bilateralen öffentlichen Gläubigern. Diese Initiative hilft, rasch Spielräume in den Budgets der Länder für die Bekämpfung der Pandemie zu schaffen. Der Bundesrat begrüsst, dass alle bedeutenden bilateralen öffentlichen Gläubiger an der Initiative teilnehmen, und setzt sich für eine kohärente Umsetzung der Initiative ein. Dies ist wichtig für das Gelingen der Initiative.

Einen generellen Schuldenerlass im Kontext von Covid-19 hält der Bundesrat nicht für sinnvoll. Die Ungewissheit über den weiteren Verlauf der Pandemie und deren Folgen ist hoch. Zudem sind Störungen des Vertrauens ins Marktsystem zu vermeiden, auch weil diese den Zugang von Ländern zu externer Finanzierung gefährden könnten. Derzeit gilt es vor allem, die Pandemie weltweit rasch einzudämmen. In gewissen Fällen könnte eine Schuldenrestrukturierung letztlich unumgänglich sein. Allgemein bedingt eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Schulden indes eine wirksame Wirtschafts-, Finanzsektor- und Haushaltspolitik. Die Schweiz setzt sich daher schon seit Jahren für die Stärkung von Kapazitäten und Institutionen sowie für gute Regierungsführung in Schwellen- und Entwicklungsländern ein.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5272 Gutjahr

Ist das nötig? Beauftragung eines Architekturbüros zur Verschiebung von Möbeln, um die Rückkehr ins Bundeshaus zu ermöglichen.

1. Weshalb ist es nötig ein Architekturbüro dafür zu beauftragen, um Möbel zu verschieben?
2. Weshalb kann das BBL in Zusammenarbeit mit den Parlamentsdiensten diese Frage nicht eigenständig behandeln?
3. Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten für diesen externen Pandemieplan bzw. gibt es noch weitere externe Auftragsvergaben?
4. In welchem Verfahren wurde der Auftrag vergeben?
5. Weshalb wird mit zwei unterschiedlichen (1.5 m bzw. 2 m) Abstandsmassnahmen gerechnet? Und nicht auch noch 1 m?

Antwort

Zu Frage 1

An ihrer Sitzung vom 8. Mai 2020 entschied die Verwaltungsdelegation, bis am 26. Mai 2020 prüfen zu lassen, ob der Sessions- und Kommissionsbetrieb nach der Sommersession 2020 in das Parlamentsgebäude und Umgebung zurückkehren könne.

Im Rahmen dieses Prüfauftrages wurden verschiedene Varianten untersucht. Eine der untersuchten Varianten war die temporäre Ummöblierung von Sitzungszimmern im Parlamentsgebäude zur Einhaltung von Schutzmassnahmen (Social Distancing).

Zu Frage 2

Es entspricht den Geschäftsprozessen des Bundesamtes für Bauten und Logistik, dass operative Planungsarbeiten extern durchgeführt werden (Subsidiaritätsprinzip).

Zu Frage 3

Die Planungsarbeiten für die Variante «Ummöblierung» haben rund 10'000.- Franken gekostet. Ob es noch weitere externe Auftragsvergaben gibt und wie hoch die Kosten sein werden, hängt vom Umsetzungsentscheid durch die Verwaltungsdelegation ab.



Zu Frage 4

Das Mandat des Architekturbüros basiert auf einem Rahmenvertrag für Planungsarbeiten im Parlamentsperimeter, für welches eine offene WTO-Ausschreibung durchgeführt wurde.

Zu Frage 5

Die 2 m Distanz wird vom BAG als Abstandsregel empfohlen. Die 1.5 m Distanz wurde von der Verwaltungsdelegation zusätzlich als Variante zur Abklärung in Auftrag gegeben, um beurteilen zu können, was eine Abstandsreduktion bringen würde. Man hätte auch 1.8, 1.25 oder 1m nehmen können. Der Entscheid war dann 1.5 m rechnen zu lassen. Zusätzliche Rechnungen hätten Mehraufwand gebracht.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5276 Guggisberg

Illegale Grenzübertritte durch ausländische Fahrende?

- Wie konnten 100te ausl. Fahrende nach Wileroltigen ins Wallis fahren & sich dort für Monate niederlassen, während seit März Grenzübertritte kontrolliert wurden?
- Wo reisten sie ein & wer gab die Bewilligung dazu unter welchen Bedingungen?
- Wie ist es zu rechtfertigen, dass ausl. Fahrende mit über 50 Wohnwagen unter Verletzung der Schutzmassnahmen monatelang unbehelligt eng nebeneinanderstehen konnten & gleichzeitig die Campingplätze schweizweit bis 6.6.2020 Corona-bedingt geschlossen sind?

Antwort

Die Eidgenössische Zollverwaltung überprüft risikoorientiert, ob eine Person zur Einreise berechtigt ist. Ist dies nicht der Fall, weist sie die Person zurück.

In den vergangenen Wochen haben viele Fahrende wiederholt versucht, unberechtigt in die Schweiz einzureisen. Dabei gelang den Fahrenden mehrmals die Einreise über unbesetzte, zum Teil geschlossene/verbarriadierte Grenzübergänge. Gleichzeitig kam es wiederholt vor, dass Fahrende nach einer Rückweisung versucht haben, über einen anderen Grenzübergang einzureisen. Einige der Wohnwagen-Kolonnen, die in die Schweiz gelangt waren, wurden durch die zuständige Kantonspolizei im Inland angehalten. Ein Grossteil dieser Einreisen konnte verhindert und die Fahrenden zurückgewiesen werden.

In Fällen, in welchen diese illegal Einreisenden nicht «auf frischer Tat» ertappt werden konnten, ist es nicht immer möglich nachzuvollziehen, wo die Fahrenden eingereist sind oder wie ihre weitere Reiseroute aussah. Werden Fahrende im Inland festgestellt, liegt die Zuständigkeit für das weitere Vorgehen grundsätzlich bei den jeweiligen Kantonen. Campingplätze dienen Ferien- und Reisezwecken und verfügen in aller Regel über gemeinschaftlich genutzte Sanitäreanlagen. Dies kann zur Bildung von Menschenansammlungen führen, weshalb sich eine generelle Schliessung zur Reduktion der Übertragungsgefahr mit dem neuen Coronavirus rechtfertigt. Ausnahmen vom Schliessungsgebot sind gemäss Artikel 6 Absatz 3 der COVID-19-Verordnung 2 möglich: unter anderem für Einrichtungen, die Stellplätze für Wohnmobile und Wohnwagen in Dauermiete (Saison- oder Jahresmiete) anbieten, sowie Stellplätze für Fahrende. Betreiberinnen und Betreiber sämtlicher Einrichtungen sind jedoch gehalten, die Hygiene- und Distanzregeln einzuhalten und vor allem bei gemeinschaftlich genutzten Räumlichkeiten spezifische Vorkehrungen zu deren Einhaltung zu treffen. Für die Umsetzung dieser Bestimmungen sind die Kantone verantwortlich.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5304 Buffat Gens du voyage étrangers

Le 20 mai 2020, 35 convois de gitans ont franchi la frontière à Genève, puis ont été escortés par les polices jusqu'à leur destination en Valais.

Il semblerait également que le poste frontière de l'Auberson (VD) ait été forcé par des gens du voyage étrangers.

Le Conseil fédéral a-t-il été informé de la venue de ces convois ?

Ces 2 franchissements de la frontière étaient-ils légaux ?

Pour quelle raison ces convois ont-ils pu franchir la frontière dans ces 2 cas ?

Réponse

Ausländische Fahrende unterstehen der COVID-19-Verordnung 2 wie alle anderen ausländischen Staatsangehörigen auch. Die Eidgenössische Zollverwaltung überprüft risikoorientiert, ob eine Person zur Einreise berechtigt ist. Ist dies nicht der Fall, weist sie die Person zurück.

In den vergangenen Wochen haben Fahrende wiederholt versucht, unberechtigt in die Schweiz einzureisen. Ein Grossteil dieser Einreisen konnte verhindert und die Fahrenden zurückgewiesen werden.

Am 19. Mai 2020 informierte die Waadtländer Kantonspolizei die Eidgenössische Zollverwaltung, dass zehn Wohnwagen über den geschlossenen Grenzübergang Auberson eingereist sind (Sperrren verschoben). Die Waadtländer Polizei hielt die Kolonne auf, die Eidgenössische Zollverwaltung war daran nicht beteiligt.

Am 27. Mai 2020 sind Fahrende aus Frankreich über den Grenzübergang Mon-Idée (GE) in die Schweiz eingereist. Der Grenzübergang war zu dieser Zeit nicht besetzt und es wurden mobile Kontrollen durchgeführt. Die Fahrenden wurden zuerst von der Genfer und anschliessend von der Waadtländer Kantonspolizei eskortiert. Die Walliser Kantonspolizei und die Eidgenössische Zollverwaltung stehen seit Niederlassung der Fahrenden in Martigny (VS) in engem Austausch. In Absprache mit der Zentralen Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis hat die Walliser Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Zollverwaltung einen Polizeieinsatz durchgeführt. 16 Personen wurden in Zusammenhang mit den durch die COVID-19-Verordnung 2 eingeschränkten Einreisebestimmungen durch die Eidgenössische Zollverwaltung einvernommen. Die Einvernahmeprotokolle wurden der Zentralen Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis übermittelt, welche für die allfällige Einleitung



weiterer Massnahmen zuständig ist. Eine Übergabe an die Staatsanwaltschaft des Kantons Genf ist möglich, da die Widerhandlung im Kanton Genf begangen wurde. Der Bundesrat wurde über diese Fälle nicht direkt informiert.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5334 Roduit

Entrée illégale de gens du voyage. Quelles sont les règles?

La presse romande s'est fait l'écho pendant la période Covid de l'entrée illégale de gens du voyage qui ont été acheminés en Valais sans que les autorités locales concernées n'aient été au préalable consultées. Cette affaire dénote un manque de contrôle douanier mais aussi une absence de coordination entre les cantons. Le Conseil fédéral est-il prêt à faire la lumière sur cette affaire et à prendre des mesures pour favoriser une meilleure coordination intercantonale dans ce genre de situation ?

Réponse

Die Eidgenössische Zollverwaltung überprüft risikoorientiert, ob eine Person zur Einreise berechtigt ist. Ist dies nicht der Fall, weist sie die Person zurück.

In den vergangenen Wochen haben Fahrende wiederholt versucht, unberechtigt in die Schweiz einzureisen. Ein Grossteil dieser Einreisen konnte verhindert und die Fahrenden zurückgewiesen werden.

Am 27. Mai 2020 sind Fahrende aus Frankreich über den Grenzübergang Mon-Idée (GE) in die Schweiz eingereist. Der Grenzübergang war zu dieser Zeit nicht besetzt. Hingegen wurden mobile Kontrollen durchgeführt. Die Fahrenden wurden zuerst von der Genfer und anschliessend von der Waadtländer Kantonspolizei eskortiert. Die Walliser Kantonspolizei und die Eidgenössische Zollverwaltung stehen seit Niederlassung der Fahrenden in Martigny (VS) in engem Austausch. In Absprache mit der Zentralen Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis hat die Walliser Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Zollverwaltung einen Polizeieinsatz durchgeführt. 16 Personen wurden in Zusammenhang mit den durch die COVID-19-Verordnung 2 eingeschränkten Einreisebestimmungen durch die Eidgenössische Zollverwaltung einvernommen. Die Einvernahmeprotokolle wurden der Zentralen Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis übermittelt, welche für die allfällige Einleitung weiterer Massnahmen zuständig ist. Eine Übergabe an die Staatsanwaltschaft des Kantons Genf ist möglich, da die Widerhandlung im Kanton Genf begangen wurde. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass dieser Fall geklärt wurde. Er sieht auch keinen weiteren Handlungsbedarf in Bezug auf die interkantonale Koordination.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5335 Prezioso

Des prêts sans intérêts en faveur des cantons en difficulté?

La réforme fiscale RFFA, entrée en vigueur au début de l'année, prive les collectivités publiques de ressources importantes alors que la crise engendrée par la pandémie génère une augmentation des dépenses publiques. Des cantons se retrouvent dans une difficulté financière importante. Le Conseil fédéral prévoit-il de venir en aide aux cantons qui sont en difficulté via des prêts sans intérêt ou d'autres type d'aides de la Confédération? A-t-il reçu des demandes dans ce sens?

Réponse

Das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF), das am 1. Januar 2020 in Kraft getreten ist, erhöht die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Kernelement der Vorlage ist die Ablösung bestehender Steuerregimes, die nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards stehen. Die Vorlage respektiert den Föderalismus: Die Kantone entscheiden selbständig, wie sie die Reform umsetzen wollen. Sie erhalten dafür rund 1 Milliarde Franken mehr aus der direkten Bundessteuer, indem der Kantonsanteil von 17 auf 21,2 Prozent erhöht worden ist.

Der nationale Finanzausgleich sorgt dafür, dass Kantone, deren Ressourcenpotenzial sich unterdurchschnittlich entwickelt, mehr Mittel aus dem Ressourcenausgleich erhalten bzw. weniger einzuzahlen haben. Ressourcenschwache Kantone erhalten darüber hinaus im Rahmen der temporären Instrumente des Finanzausgleichs (Härteausgleich, Abfederungsmassnahmen) zusätzliche Mittel. Weitere Unterstützungsmassnahmen des Bundes an die Kantone aufgrund der aktuellen Krise sind nicht vorgesehen und auch nicht beantragt worden.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5338 Schläpfer

Während des Corona Lockdowns und den geschlossenen Grenzen haben u.a. ausländische Fahrende die Autobahnraststätte bei Wileroltigen in Beschlag genommen.

Wie kommt es, dass in einer Zeit, in welcher die Grenzen nur in Ausnahmefällen oder von Grenzgängern passiert werden konnten, während unsere eigenen Landsleute nicht einmal ins Tessin reisen sollten, eine Karavane mit ausländischen Fahrenden die Grenze passieren konnte?

Lässt dieses Vorgehen auf eine Ungleichbehandlung von Schweizern und Ausländern schliessen?

Antwort

Ausländische Fahrende unterstehen der COVID-19-Verordnung 2 wie alle anderen ausländischen Staatsangehörigen auch. Die Eidgenössische Zollverwaltung überprüft risikoorientiert, ob eine Person zur Einreise berechtigt ist. Ist dies nicht der Fall, weist sie die Person zurück.

In den vergangenen Wochen haben viele Fahrende wiederholt versucht, unberechtigt in die Schweiz einzureisen. Dabei gelang den Fahrenden mehrmals die Einreise über unbesetzte, zum Teil geschlossene/verbarrikadierte Grenzübergänge. Gleichzeitig kam es wiederholt vor, dass Fahrende nach einer Rückweisung versucht haben, über einen anderen Grenzübergang einzureisen. Einige der Wohnwagen-Kolonnen, die in die Schweiz gelangt waren, wurden durch die zuständige Kantonspolizei im Inland angehalten. Ein Grossteil dieser Einreisen konnte verhindert und die Fahrenden zurückgewiesen werden.

In Fällen, in welchen diese illegal Einreisenden nicht «auf frischer Tat» ertappt werden konnten, ist es nicht immer möglich nachzuvollziehen, wo die Fahrenden eingereist sind oder wie ihre weitere Reiseroute aussah. Werden Fahrende im Inland festgestellt, liegt die Zuständigkeit für das weitere Vorgehen grundsätzlich bei den jeweiligen Kantonen.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5361 Aeschi Thomas Wann kehren die Beamten ins Büro zurück?

Der Bundesrat empfiehlt weiterhin, «falls möglich im Home-Office zu arbeiten». Gemäss EPA arbeiteten schätzungsweise bis zu 25000 Mitarbeitende (von insgesamt 38'765 Mitarbeitenden) im Home-Office. Wie misst der Bundesrat die Produktivität der Bundesbeamten und wie wird sichergestellt, dass diese im «Home-Office» auch tatsächlich für den Bund arbeiten? Wann kehren diese Beamten zurück an ihren Arbeitsplatz?

Antwort

Die letzten Wochen und Monate waren für die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung herausfordernd, mussten sie doch infolge der Krise und analog der Wirtschaft ihren Arbeitsplatz nach Möglichkeit und innert kürzester Zeit ins Home-Office verlegen. Trotz dieser Umstellung konnte die Bundesverwaltung ihre Dienstleistungen weiterhin erbringen. Dies zeigt, dass die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung ihre Aufgaben auch von zu Hause aus erfüllt haben. Es ist zudem Aufgabe der Vorgesetzten, ihre Mitarbeitenden auch in einer Krise effizient und effektiv einzusetzen.

Es ist nun Aufgabe der Leitungen der Verwaltungseinheiten, im Zuge der Erleichterungen und den dannzumal geltenden Auflagen des BAG/SECO die Rückkehr der Mitarbeitenden in die Büros und Betriebe zu planen. Weil die Voraussetzungen für die Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung sehr unterschiedlich sind, wird es keinen einheitlichen Rückkehrzeitpunkt für die gesamte Bundesverwaltung geben.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5362 Aeschi Thomas

Italien verweigert ordnungsgemäss angeforderte Rückerstattung von Verrechnungssteuern

Italien bekundet offensichtlich Mühe damit, die ordnungsgemäss angeforderte Rückerstattung von Verrechnungssteuern, z.B. auf Fiat-Dividenden, zu bezahlen. Kann der Bundesrat diesen Sachverhalt bestätigen? Ist der Bundesrat bereit, als Gegenmassnahme sämtliche Zahlungen an Italien aufgrund von bilateralen Abkommen zu unterbinden, um Italien zu zwingen, mit der Rückerstattung von Verrechnungssteuern vorwärts zu machen?

Antwort

Dem Bundesrat ist bewusst, dass Anträge auf Rückerstattung der italienischen Quellensteuer einige Zeit in Anspruch nehmen können. Dies gilt nicht nur für Steuerpflichtige mit Wohnsitz in der Schweiz.

Italien sieht die Möglichkeit vor, dass der Steuerpflichtige eine teilweise Befreiung an der Quelle beantragen kann und dass die italienische Gesellschaft, die beispielsweise eine Dividende zahlt, direkt den im Doppelbesteuerungsabkommen vorgesehenen Steuersatz anstelle des inländischen Steuersatzes anwendet. Ein solcher Antrag vermeidet ein Rückerstattungsverfahren, wie es die Schweiz generell für die Entlastung von der Verrechnungssteuer vorsieht.

Vor diesem Hintergrund erachtet der Bundesrat die Gegenmassnahme einer Unterbindung sämtlicher auf bilateralen Abkommen beruhender Zahlungen als nicht angezeigt.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5244 Imark

Laufentallinie: Verantwortung endlich Wahrnehmen!

Fragen der Interpellationen 20.3016 und 20.3017 wurden nicht beantwortet.

1. Welche konkreten personellen Veränderungen wurden getroffen, damit die Planung des Doppelspurausbaus in Zukunft funktioniert und die Doppelspur bis Ende 2025 in Betrieb gehen kann?
2. Wie nimmt der Bundesrat seine Verantwortung wahr, damit dieses Ziel erreicht wird?
3. Inwiefern muss die geltende Praxis geändert werden, damit die SBB nicht Projekte verzögern können, die der Bund in hoher Priorität realisieren will?

Frage 20.5260 Schneeberger

Doppelspur im Laufental - Ärgerliche Verzögerungen

Bezugnehmend auf die unbefriedigenden Beantwortungen der Interpellationen 20.3017 und 20.3016 sowie nicht zufriedenstellende Situation in diesem Projekt stelle ich folgende Fragen:

1. Kann der Realisierungstermin Ende 2025 eingehalten werden?
2. Wie sieht der diesbezügliche Zeitplan des Projektmanagements aus?

Antwort:

Für personelle Entscheide seitens der Bahnen ist der Bund nicht zuständig. Jedoch ist bekannt, dass die SBB den Projektleiter ausgewechselt hat und nun zusätzliche Ressourcen für das Projekt zur Verfügung stehen.

Die Projektierungen erfolgen durch die SBB in Begleitung des Bundesamtes für Verkehr (BAV). Das BAV informiert das Parlament jährlich mit einem Bericht über den Umsetzungsstand der Projekte. Die notwendigen Gremien sind etabliert und funktionieren.

Die Umsetzung der durch das Parlament beschlossenen STEP-Projekte erstreckt sich über insgesamt 15 Jahre. Dies bedingt eine Priorisierung in gegenseitiger Abhängigkeit der Projekte, insbesondere auch unter dem Aspekt des laufenden Betriebs. Eine Änderung der Praxis ist nicht erforderlich. Aufgrund der hohen Priorität

ist die Doppelspur im Laufental eines der ersten Projekte, die vom STEP Ausbauschnitt 2035 in Betrieb gehen werden.

Die Realisierung der neuen Doppelspur bis 2025 wird in den üblichen Projektphasen erfolgen. Aktuell wird das Bauprojekt erarbeitet. Dies soll bis Anfang 2021 die öffentliche Auflage ermöglichen. Sofern keine Beschwerden durch Einsprecher gegen die Verfügung des BAV erfolgen und unter Berücksichtigung der üblichen Projektrisiken, kann die Inbetriebnahme auf Ende 2025 erfolgen.



Ora delle domande dell'8 giugno 2020

Domanda 20.5246 Farinelli **Investimenti infrastrutturali**

Il Consiglio federale ritiene che in questo momento bisogna favorire la realizzazione degli investimenti infrastrutturali, in particolare in ambito ferroviario, che sono progettati sia per disporre di una rete all'avanguardia, sia per permettere un importante intervento dei committenti pubblici in favore dell'economia? In tal caso intravede difficoltà dal profilo finanziario nella situazione attuale? Se sì, come intende affrontarle senza rallentare la realizzazione degli investimenti?

Risposta

1. Il Consiglio federale ritiene corretto sostenere l'economia con investimenti dell'ente pubblico, oltre che con misure immediate volte a mitigare la crisi da coronavirus.
2. Per gli investimenti nell'infrastruttura ferroviaria è stato costituito un apposito Fondo a seguito dell'approvazione del progetto di finanziamento e ampliamento dell'infrastruttura ferroviaria. Da una prima stima dell'impatto finanziario della crisi da coronavirus sui conti del Fondo risultano perdite di entrate per 350 milioni di franchi e uscite supplementari per 250 milioni nel 2020. Come da incarico del Parlamento trasmesso con la mozione 20.3151, il Consiglio federale sta studiando il modo di far fronte a questa evoluzione. L'obiettivo è realizzare senza ritardo gli investimenti previsti.
3. Con il decreto concernente la fase di ampliamento 2035 il Parlamento ha deciso la realizzazione di investimenti per circa 13 miliardi di franchi nei prossimi 15 anni. I lavori di pianificazione e di progettazione delle imprese ferroviarie, in corso a pieno regime, non si sono fermati. Nel suo messaggio sul finanziamento dell'esercizio e della manutenzione dell'infrastruttura ferroviaria, adottato il 13 maggio scorso, il Consiglio federale propone inoltre di mantenere l'attività dei gestori dell'infrastruttura ad alti livelli, destinandovi non meno di 14,4 miliardi di franchi, ovvero 1,2 miliardi in più rispetto ad ora.

Il Consiglio federale non ritiene necessario decidere altri investimenti, peraltro difficilmente realizzabili senza ulteriori penalizzazioni per il traffico, visto il già forte carico a cui è sottoposta la rete ferroviaria.



Ora delle domande dell'8 giugno 2020

Domanda 20.5253 Romano

Galleria di base del Ceneri: a causa di ritardi in dicembre si aprirà senza l'offerta completa prevista per il traffico regionale passeggeri in Ticino? Fare chiarezza ed evitarlo.

Nei media è emerso che l'apertura della Galleria di base del Ceneri, fondamentale per completare lo sviluppo della rete di nuovo trasporto pubblico in Ticino, prevede scadenze di messa in esercizio solo parziale e a tappe a causa di cantieri che non saranno conclusi per dicembre. Corrisponde al vero? Per quali motivi? Si darà la priorità al traffico merci a discapito di quello passeggeri? Occorre fare chiarezza e intraprendere tutte le misure per evitare questa dinamica negativa.

Risposta:

La galleria di base del Ceneri sarà aperta come previsto il 13 dicembre 2020.

A seguito delle misure di protezione relative al coronavirus, è stato necessario interrompere parzialmente la fase di test che era in corso da inizio marzo 2020. Nel frattempo questa fase è stata ripianificata. AlpTransit San Gottardo, costruttrice della galleria, conferma che i test saranno conclusi entro il 31 agosto 2020, come inizialmente previsto. A partire dal 1° settembre 2020 la galleria sarà presa in consegna dalle FFS, che avvieranno la fase di prova.

Al momento vi sono due progetti che potranno essere conclusi solo a inizio 2021:

- il raddoppio Tenero – Contone; e
- il corridoio di 4 metri a Lugano Paradiso.

La chiusura dei cantieri durante il periodo di confinamento, richiesta dal Cantone e dall'autore della domanda, ha rallentato i tempi di realizzazione. Riaprire un cantiere, con le misure igieniche inasprite a causa della pandemia, richiederà più tempo.

Allo stato attuale della pianificazione l'offerta di trasporto viaggiatori e merci attraverso la galleria potrà essere istituita per lo più entro i termini stabiliti. Non sarà data alcuna priorità al traffico merci a discapito di quello viaggiatori. Tuttavia, i treni diretti Locarno–Lugano potranno essere introdotti solo dopo la messa in esercizio del doppio binario Tenero–Contone. L'avvio a pieno regime del servizio sulla rete ferroviaria regionale del Ticino sarà pertanto con ogni probabilità possibile da inizio aprile 2021.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5254 Riniker Jagdgesetz führt zu mehr Föderalismus

Der Bundesrat wird aufgefordert, folgende Frage zu beantworten:

Führt die Abstimmung zum zeitgemässen Jagdgesetz vom 27. September 2020 zu einer Förderung des Föderalismus in der Schweiz?

Antwort:

Das vom Parlament verabschiedete Jagdgesetz überträgt den Kantonen mehr Verantwortung, insbesondere bei der Regulierung der Bestände bestimmter geschützter Tierarten wie dem Steinbock und dem Wolf. Das macht Sinn, denn die Kantone können die Voraussetzung für regulative Eingriffe vor Ort überprüfen, insbesondere mit Blick auf die zumutbaren Schutzmassnahmen vor Grossraubtieren. Mit entsprechenden Ausführungsbestimmungen in der Jagdverordnung wird der Bundesrat die Einhaltung des übergeordneten Rechts sicherstellen und eine schweizweit einheitliche Praxis fördern.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5258 Egger Kurt Versicherungspflicht für Mobilfunkanbieter

An einer Veranstaltung erklärte ein Jurist der Swisscom, dass der Bundesrat Firmen von der Versicherungsdeckung von Strahlenschäden durch Mobilfunk befreien könne, wenn deren Technologien keine Schäden verursachen können. Im Fall der Swisscom sei das geschehen. Ist diese Auskunft korrekt und wenn ja, hat der Bund nur die Swisscom oder auch die anderen Mobilfunkbetreiber von der Versicherungspflicht befreit? Bestehen weitere, ähnlich gelagerte Vereinbarungen des Bundes mit Mobilfunkbetreibern?

Antwort:

Die Aussage ist nicht korrekt.

Der Bundesrat kann Mobilfunkanbieterinnen nicht von der Haftung für Schäden befreien und es bestehen folglich auch keine entsprechenden Vereinbarungen.

Der Bundesrat hat sich zur Frage der Haftung für Schäden aus dem Mobilfunk bereits in der Beantwortung zweier Interpellationen (19.3113 Munz Martina, «Wer trägt das Risiko von Gesundheitsschäden durch die 5G-Technologie?» und 19.3120 Glauser-Zufferey Alice, «Nichtionisierende Strahlung. Gesundheit und Verantwortung») geäußert.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5259 Kamerzin

Projet d'Ordonnance modifiée sur la chasse et la protection des mammifères et oiseaux sauvages (OChP): conformité à la Loi fédérale sur la chasse et la protection des mammifères et oiseaux sauvages (LChP)

Le projet d'art. 4b al. 4 OChP prévoit une obligation pour les cantons d'informer les exploitations agricoles sur les mesures de protection des troupeaux avant de pouvoir autoriser des tirs de régulation. Le fait d'introduire dans une ordonnance une telle condition ne va-t-elle pas à l'encontre de la décision du Parlement, qui avait spécifiquement refusé, à l'art. 7a al. 2 let. b LChP, de lier l'autorisation des tirs de régulation et la mise en place de mesures de protection ?

Réponse

La proposition du Conseil fédéral concernant l'art. 4b, al. 5, de l'ordonnance sur la chasse met en œuvre l'art. 7a de la loi révisée sur la chasse tel qu'il a été adopté par le Parlement. En vertu de cet article, la régulation des populations de loups est assortie de plusieurs conditions. Ainsi, elle doit être nécessaire et, partant, proportionnée au but visé, ce qui ressort également de l'art. 5, al. 2, de la Constitution. Pour garantir cette proportionnalité, les cantons dans lesquels se trouvent des meutes de loups doivent informer les exploitations agricoles sur les mesures de protection des troupeaux et justifier au préalable la nécessité de réguler. Sur le territoire de la meute, il n'est pas permis de faire de l'exécution des mesures de protection des troupeaux par les particuliers une condition à la régulation, afin que l'État conserve sa capacité d'action si une intervention se révèle nécessaire.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5273 Friedl Claudia

Findet der UNO-Biodiversitätsgipfel 2020 statt und wo stehen die Vorarbeiten?

Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) zieht Jahr für Jahr eine vernichtende Bilanz zum Zustand der globalen Biodiversität. Auch in der Schweiz geht der Artenschwund weiter. Im Herbst 2020 sollte ein UNO-Biodiversitätsgipfel in China ein neues globales Abkommen zum Schutz der Biodiversität beschliessen. Findet der Biodiversitätsgipfel 2020 statt?

Welche Vorarbeiten hat die Schweiz im Hinblick auf den Gipfel bereits geleistet? Sind auf internationaler Ebene bereits Kontakte aktiviert worden?

Antwort:

Der Bundesrat hat die Berichte des IPBES ebenfalls mit Sorge zur Kenntnis genommen. Das Engagement zugunsten des Schutzes und der nachhaltigen Nutzung der globalen Biodiversität ist eine der Hauptprioritäten der internationalen Umweltpolitik der Schweiz.

Die für Herbst 2020 in China geplante 15. Vertragsparteienkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 15 CBD) wurde aufgrund der Corona-Epidemie verschoben. Die Durchführung wird im ersten Halbjahr 2021 erwartet.

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Aushandlung des neuen globalen Rahmens für die Biodiversität für die Zeit nach 2020. Sie hat an den relevanten Vorbereitungstreffen teilgenommen und in Bern ein Vorbereitungstreffen aller biodiversitätsrelevanten Konventionen durchgeführt. Die Schweiz ist Mitglied der von Costa Rica gegründeten «High Ambition Coalition for Nature and People» und hat einen informellen Prozess angestossen, um zwischen den wichtigsten Akteuren Lösungen anzudenken. Zudem wird die Schweiz auch am UN-Biodiversitätsgipfel teilnehmen, welcher im September 2020 während der UNO-Generalversammlung in New York stattfinden soll.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5274 Guggisberg

Revision CO₂-Verordnung: Gleichstellung von Personenwagen und Lieferwagen?

Beabsichtigt das BFE mit der Anpassung der CO₂-Verordnung hinsichtlich der CO₂-Sanktionen, Lieferwagen gemäss Art. 11 Abs. 2 Bst. e VTS (Kategorie N1) mit Personenwagen gemäss Art. 11 Abs. 2 Bst. a VIS (Kategorie M1 bis 3,50 t) gleichzustellen? Mit welcher Begründung?

Antwort:

Seit dem 1. Januar 2020 gelten gemäss CO₂-Gesetz erstmals auch CO₂-Zielwerte für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper. Für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper gilt dabei ein Zielwert von 147 g CO₂/km, für Personenwagen beträgt er 95 g CO₂/km. Mit der Teilrevision der CO₂-Verordnung, zu welcher der Bundesrat am 4. Mai die Vernehmlassung eröffnet hat, werden diesbezüglich keine Änderungen vorgenommen.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5275 Guggisberg Die Schweizer Stromversorgung ist gefährdet!

56% der Schweizer Stromversorgung stammt aus Wasserkraft, 35% aus Kernkraft. Zahlreiche bei der Energiestrategie 2050 postulierten Ersatz-Massnahmen für die inländische Stromproduktion (Geothermie, Wind-, Wasserkraft, Solar etc.) sind blockiert oder unökonomisch.

Welche Massnahmen trifft der Bundesrat,

- dass die Schweiz nicht immer auslandabhängiger wird und in Notsituationen eine Stromlücke droht?
- um die einheimische Versorgungssicherheit auch im Winter zu gewährleisten & zurückzugewinnen?

Antwort:

Bis am 12. Juli 2020 ist eine Revision des Energiegesetzes in der Vernehmlassung. Ziel der Vorlage ist es, mehr Anreize für Investitionen in die inländische Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu schaffen. Dafür will der Bundesrat das bereits bestehende Förderinstrumentarium länger anwenden und punktuell weiterentwickeln. Dies trägt zur Versorgungssicherheit bei. Weitere Massnahmen plant der Bundesrat im Stromversorgungsgesetz. So will er zur Absicherung gegen ausserordentliche Extremsituationen eine Speicherreserve schaffen. Zudem soll der Bundesrat künftig Ausschreibungen für einen verstärkten Zubau von erneuerbaren Stromproduktionskapazitäten in der Schweiz durchführen, falls sich eine Gefährdung der Versorgungssicherheit in den Wintermonaten abzeichnen sollte. Der Bundesrat wird sich nach der Vernehmlassung zum Energiegesetz erneut mit der Frage der Versorgungssicherheit im Winter auseinandersetzen.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5298 Schneider Schüttel

Wie kommt der Steuerungsausschuss Chemikalien und Pflanzenschutzmittel zu seinen wichtigsten Erkenntnissen?

In der Mitteilung vom 21.11.19 schreibt der Bundesrat: «Der Steuerungsausschuss hat Mitte November den Bericht der Firma KPMG AG, welche die Überprüfung durchgeführt hat, zur Kenntnis genommen. Der Bericht hält fest, dass die aktuellen gesetzlichen Grundlagen ausreichen...». Worauf stützen sich KPMG und Steuerungsausschuss bei dieser Aussage, wenn die Antworten von Stakeholdern auf die Fragen 4 bis 6, in denen es um eben diese gesetzlichen Grundlagen geht, im Bericht nicht behandelt werden?

Antwort:

Die Interviews mit den Stakeholdern dienten dazu, die Erkenntnisse aus den Gesprächen mit den Verantwortlichen der in das Zulassungsverfahren involvierten Behörden und den Fachexperten sowie aus Dokumenten zu ergänzen. Dies bedeutet nicht, dass die Meinung einzelner Stakeholder die abschliessende Beurteilung bilden. Die Aussage, dass die gesetzlichen Grundlagen ausreichen, schliesst nicht aus, dass im Rahmen der Optimierung Änderungen des Ausführungsrechts erfolgen. So wurde in der Handlungsempfehlung Nr. 10 eine «Anpassung der rechtlichen Grundlagen (insbesondere der Pflanzenschutzmittelverordnung), welche die Umsetzung der anderen 9 Handlungsempfehlungen ermöglicht bzw. sicherstellt» vorgeschlagen.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5319 Pasquier

Importance de l'aviation: transparence sur l'information

Dans son message concernant une modification urgente de la loi sur l'aviation, le Conseil fédéral indiquait que le fret aérien est indispensable pour 70 % des entreprises suisses. J'ai été informée que l'OFAC a refusé de répondre à la question d'une journaliste demandant simplement la source de cette donnée, en argumentant le dépôt de mon interpellation 20.3293.

Le Conseil fédéral juge-t-il adéquat de taire plusieurs mois cette source en justifiant la réponse à une interpellation ?

Réponse

Les offices n'ont pas pour habitude de répondre à une intervention parlementaire adressée au Conseil fédéral avant que celui-ci ne se soit prononcé. Il est exact que le message concernant la modification urgente de la loi sur l'aviation pour cause de pandémie de COVID-19 (20.039) indique que « pour quelque 70 % des entreprises suisses, le fret aérien est indispensable ». Ce chiffre ne se rapporte pas à l'ensemble des entreprises suisses mais aux chargeurs et entreprises actives dans la logistique interrogée. Sans cette précision, cette donnée est incorrecte et doit être relativisée. Le chiffre est tiré d'une étude de l'Université de Saint-Gall (HSG) datant de 2010.

L'importance du fret aérien est aux yeux du Conseil fédéral cependant incontestable.



Ora delle domande dell'8 giugno 2020

Domanda 20.5331 Regazzi

I lupi si stanno avvicinando sempre più ai centri abitati ma questo non sembra preoccupare le autorità

Si moltiplicano negli ultimi tempi le segnalazioni di esemplari di lupi che scorrazzano indisturbati nelle vicinanze dei centri abitati. Una situazione che è fonte di preoccupazione presso gli allevatori e gli abitanti delle regioni toccate, mentre le autorità, sia federali che cantonali, continuano colpevolmente a fare orecchio da mercante.

Chiedo al Consiglio federale:

- 1) Come valuta questi sviluppi?
- 2) Non ritiene che si debba informare in modo più capillare i cittadini toccati dei relativi pericoli?

Risposta

La crescente formazione di branchi di lupi in Svizzera fa sì che aumenti rapidamente anche la popolazione di questa specie. Di conseguenza, i lupi compaiono più spesso anche nei pressi di centri abitati. Il Consiglio federale segue questa situazione con grande attenzione e accoglie peraltro con favore la revisione della legge sulla caccia approvata dal Parlamento nell'autunno del 2019, che include la possibilità di una regolazione lungimirante della popolazione di lupi che vivono in branchi.

Secondo la nuova legge sulla caccia e la protezione della fauna selvatica, il lupo rimane una specie protetta, e anche la consistenza dei branchi è in linea di massima conservata. Con la revisione della legge, tuttavia, le regole per la gestione del lupo saranno adattate alla sua diffusione prima che i conflitti si accentuino. Il 27 settembre 2020 si terrà la votazione popolare su detta revisione.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5336 von Siebenthal Hitzesommer und Winterstürme – ausserordentliche Naturereignisse

Der Bundesrat hat gemäss Art. 37 WaG im Schutzwald die Möglichkeit, an Projekte, die durch ausserordentliche Naturereignisse ausgelöst werden, Abgeltungen durch Verfügung zu gewähren. Unter welchen Voraussetzungen ist der Bundesrat bereit, dieses Instrument einzusetzen? Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren mit Winterstürmen und Hitzesommern der Sachverhalt eines ausserordentlichen Naturereignisses eingetroffen ist?

Antwort:

Der Bund kann gemäss Waldgesetz ausnahmsweise Abgeltungen durch Verfügung an Projekte gewähren, die durch ausserordentliche Naturereignisse ausgelöst werden. Gemäss Artikel 37a Absatz 1 Waldgesetz gewährt der Bund den Kantonen auf der Grundlage von Programmvereinbarungen globale Abgeltungen an Massnahmen der Verhütung und Behebung von Waldschäden ausserhalb des Schutzwaldes, die durch Naturereignisse oder Schadorganismen verursacht werden. Die aktuelle Lage betreffend Winterstürme, Trockenheit und Käferbefall zeigt grosse regionale Unterschiede in der Betroffenheit. Der Bund unterstützt gemeinsam mit den Kantonen die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer. Weiter wurde der Bedarf einer langfristigen Strategie zur Anpassung des Waldes an den Klimawandel bereits mit der Motion 19.4177 eingebracht.

Für einen durchschnittlichen Bedarf sind dafür Mittel im Rahmen der Programmvereinbarung Wald eingestellt. Bei zusätzlichem Bedarf werden die Kantone in einem ersten Schritt selbständig entsprechende Prioritäten setzen und vereinbarte Mittel können mit dem Einverständnis des Bundesamts für Umwelt anders gewichtet werden. Als weiteres Instrument stehen dem Bund, ausnahmsweise die Einzelverfügungen zur Verfügung.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5337 von Siebenthal

Katastrophale Forstschutzsituation 2020 - welche ausserordentlichen Massnahmen sieht der Bundesrat vor?

Wie schätzt der Bundesrat die Forstschutzsituation in der Schweiz im laufenden Jahr unter Berücksichtigung der aktuellen Holzmarktsituation und des erwarteten, massiven Käferbefalls bei der Fichte ein? Welche ausserordentlichen Massnahmen sieht der Bundesrat im laufenden Jahr für die Ergreifung der Forstschutzmassnahmen zur Erhaltung der Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes im Falle einer grossflächigen Verbreitung des Fichtenborkenkäfers vor?

Antwort:

Die Witterungsbedingungen waren in den letzten Wochen günstig für die Entwicklung des Borkenkäfers. Auch für das laufende Jahr muss daher vielerorts mit hohem oder sehr hohem Befallsdruck und einem sehr grossen Anfall an Käferholz gerechnet werden. Dies vor allem in den Tieflagen des nördlichen Mittellandes, wo schon letztes Jahr hoher Befallsdruck herrschte. Die angespannte Lage auf dem Holzmarkt wird sich somit kaum entspannen. Der Bund unterstützt bereits seit 2019 den regelmässigen Austausch zur aktuellen Lage mit den Kantonen und den Verbänden der Wald- und Holzwirtschaft. Gemeinsam mit den Kantonen unterstützt der Bund die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer bei der Verhütung und Bewältigung von Waldschäden im und ausserhalb des Schutzwaldes, wenn diese den Wald in seinen Funktionen erheblich gefährden. Die Kantone verfügen dabei im Rahmen der Programmvereinbarung Wald 2020–2024 über erste Mittel zur Bewältigung und haben die Möglichkeit, mit dem Einverständnis des Bundesamts für Umwelt die Mittel zu priorisieren. Der Bundesrat erachtet die heutige Ausgestaltung dieses Instruments als zielführend. Auf Anfrage der Kantone und im Rahmen seines genehmigten Budgets kann der Bund die Mittel erhöhen. Er behält dazu gemäss Handbuch Programmvereinbarungen im Umweltbereich eine kleine Reserve für ausserordentliche Fälle zurück. Reichen die vorhandenen Mittel nicht mehr aus, müsste ein Nachtragskredit beantragt werden.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5340 Bertschy

Welche europäischen Länder weisen in der Stickstoffbilanz pro Hektare tiefere Werte auf als die Schweiz?

Unter Berücksichtigung der bundesrätlichen Antwort auf meine Frage 20.5115: Welche europäischen Länder weisen in der Stickstoffbilanz pro Hektare nun tiefere Werte auf, als die Schweiz?

Und wenn Belgien, Holland und Dänemark eine vergleichsweise grosse Abnahme der Werte in der Stickstoffbilanz aufweisen (siehe 19.5693): Wie gross ist diese Abnahme über die vergangenen 20 Jahre (absolut und relativ) und welches sind die wichtigsten Massnahmen, die diese Abnahme ermöglicht haben?.

Antwort:

Von den unmittelbaren Nachbarländern weisen Österreich und Frankreich gemäss Statistik der OECD aus dem Jahr 2019 eine tiefere Stickstoffbilanz auf als die Schweiz («Trends and Drivers of Agri-environmental Performance in OECD Countries»). Unter der Annahme, dass man für die Schweiz die Sömmerungsfläche in dieser Statistik nicht berücksichtigen würde, hätte zudem noch Italien eine niedrigere Stickstoffbilanz als die Schweiz.

Gemäss ebendieser Statistik liegen die Veränderungen zwischen circa 1993 bis 2013 in Belgien, Holland und Dänemark zwischen minus 44 bis minus 54 Prozent bzw. in absoluten Zahlen zwischen 97 bis 156 Kilogramm Stickstoff pro Hektar. Neben der flächendeckenden Umsetzung von emissionsmindernden Lager- und Ausbringsystemen für Hofdünger ist die Reduktion der Stickstoffüberschüsse durch den verminderten Einsatz von Mineraldünger die zentrale Massnahme zur Verbesserung der Stickstoffbilanz.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5342 Munz

Im Privatbereich werden jährlich 100 Tonnen Herbizide ausgebracht zum Teil in Unkenntnis, zum Teil in Kenntnis des seit 2001 geltenden Verbotes!

In einer Studie zum «Stand der Umsetzung des Herbizidverbotes» kommt der Bund zum Schluss, dass rund die Hälfte der Hobbygärtner das für sie seit 2001 geltende Anwendungsverbot nicht kannte. Von der anderen Hälfte bezeugte jede fünfte Person, Herbizide trotz Kenntnis des Verbotes anzuwenden. Die Studie schätzt, dass im Privatbereich jährlich 100 Tonnen Herbizide ausgebracht werden. Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass Herbizide gar nicht erst an Private verkauft werden sollten?

Antwort:

Im Rahmen der Umsetzung des «Aktionsplans zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln» des Bundesrates vom 6. September 2017 werden gegenwärtig Massnahmen vorbereitet: Für die nicht berufliche Verwendung sollen strengere Kriterien für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln erarbeitet und eingeführt werden. Unter anderem soll die Abgabe von für die berufliche Verwendung zugelassenen Pflanzenschutzmitteln künftig nur noch an Personen erlaubt sein, die eine Fachbewilligung für die Verwendung haben. Die Massnahmen werden voraussichtlich im Winter 2020/2021 mit dem 11. Verordnungspaket Umwelt in die Vernehmlassung geschickt und sollen im Frühjahr 2022 in Kraft treten.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5346 Jauslin Luftraum auf Vorrat gesperrt

Aus einem NOTAM (LF A2295/20) ist zu entnehmen, dass für die aktivierten Lufträume Bâle TMA Sektoren T1 bis T3 zurzeit kein FIS (Flight Information Service) zur Verfügung steht und nicht benutzt werden können. Freigaben sind nicht möglich. Verstösst das «Nichtzurverfügungstellen» von FIS gegen geltendes Recht? Welche vertraglichen Abmachungen bestehen? Warum kann ein Flughafen exklusiv Luftraum auf Vorrat reservieren? Warum ist ein NOTAM über Schweizer Hoheitsgebiet nicht als solches bezeichnet?

Antwort

Die Sektoren Tango 1 bis Tango 3 in der Nahkontrollzone Basel (TMA Basel) werden von der französischen Flugsicherung bewirtschaftet. Das diesbezügliche NOTAM (Notice to Airmen) wird in der Schweiz nicht publiziert, weil es sich an die französischen Luftraumnutzer richtet.

Das BAZL hatte über die Einschränkung der Fluginformationsdienste keine Kenntnis. Das Amt steht mit der DGAC (Französische Luftfahrtbehörde) in Verbindung, um die Hintergründe zu klären. Die Erbringung von Fluginformationsdiensten erachtet das BAZL bei aktivierten T-Sektoren als notwendig.

Diese TMA-Sektoren 1 bis 3 werden für die Südanflüge auf die Piste 33 des Flughafens Basel benötigt. Sie werden von der zuständigen französischen Flugsicherung bei Bedarf, d.h. in der Regel wetterbedingt aktiviert. Werden die Tango-Sektoren nicht aktiviert, stehen sie den Sichtflugpilotinnen und -piloten zur Verfügung.

Die Flugsicherung aktiviert die Sektoren mit einem zeitlichen Vorlauf, so dass die Sichtflugpilotinnen und -piloten den Luftraum rechtzeitig und sicher verlassen können. Dennoch kann es vorkommen, dass ein aktivierter Sektor schlussendlich nicht genutzt wird. Das BAZL ist sich dessen bewusst und hat in den vergangenen Jahren im Rahmen seiner Möglichkeiten Verbesserungen vorgenommen.



Fragestunde vom 8. Juni 2020

Frage 20.5350 Egger Kurt Unabhängige STENFO-Verwaltungskommission

Das Bundesgericht hat im Februar entschieden, dass die STENFO für die Beiträge für Stilllegung und Entsorgung zuständig ist. Diese Aufsicht wurde als Kompensation dafür, dass alle BFE-Leute die Verwaltungskommission verlassen haben, eingeführt. Bis heute stellen die AKW-Betreiber 1/3 der Mitglieder der Kommission. Wieso hat der Bundesrat nicht schon 2015 eine vollständig (auch von AKW-Betreibern) unabhängige Verwaltungskommission verordnet wie es die EFK vorgeschlagen hat?

Antwort:

Der Bundesrat prüfte vor der Revision 2015 die Empfehlung der EFK, die Organe des Stilllegungs- und Entsorgungsfonds ausschliesslich aus unabhängigen Mitgliedern zusammenzusetzen. Er verzichtete damals schliesslich auf eine solche Änderung, zumal die Themen ein grosses Fachwissen sowie Kompetenz im Bereich der Kernenergie verlangen und in dieser Hinsicht hohe Anforderungen an die Organe gestellt werden. Weil sich der Einfluss der Eigentümer aus Gründen der Governance und im öffentlichen Interesse in Grenzen halten muss, haben die Betreiber seit der neusten Revision 2020 nur noch Anspruch auf höchstens einen Drittel der Sitze. Dem Bundesrat erscheint eine Besetzung der Organe mit ausschliesslich unabhängigen Mitgliedern zurzeit nach wie vor nicht angemessen.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5351 Roduit

Une ordonnance sur la chasse au-dessus de la loi?

Le projet d'ordonnance de la loi sur la chasse comporte plusieurs contradictions avec les dispositions adoptées par le Parlement le 27 septembre 2019. Il restreint notamment les compétences cantonales et n'a pas toujours l'effet escompté par le législateur en terme de résolution des conflits entre l'homme et l'animal. Le Conseil fédéral est-il conscient de ce non-respect des résolutions du Parlement et envisage-t-il une révision fondamentale de ce projet d'ordonnance ?

Réponse

Les dispositions d'exécution de la loi révisée sur la chasse respectent les décisions adoptées par le Parlement en 2019. Les compétences des cantons sont touchées lorsque le droit supérieur l'exige ou lorsque le Conseil fédéral a la compétence de légiférer par voie d'ordonnance. Tel est par exemple le cas en matière de respect du principe de proportionnalité de l'activité de l'État ou de garantie de la protection des espèces et des animaux.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5240 Page

Utilisations détournées des crédits Covid-19: contrôles renforcés?

Les médias se sont fait l'écho d'utilisations détournées des crédits Covid-19 octroyés par la Confédération. Même si un potentiel d'abus est inévitable selon le Directeur de l'AFF et si le Conseil fédéral a adopté le 8 avril les principes d'un contrôle, je pose deux questions : quel est le nombre et le montant de ces utilisations détournées connues à ce jour et quelles sont les mesures prévues pour un contrôle plus strict encore de l'utilisation de ces crédits et les sanctions pénales encourues.

Réponse

Le 3 avril 2020, le Conseil fédéral a adopté les lignes directrices visant à lutter contre les abus liés à l'aide de transition COVID-19. Sur cette base, le Secrétariat d'État à l'économie a établi, avec d'autres offices fédéraux, un plan de contrôle, qu'il a adopté le 15 mai 2020. Ce plan ainsi que les statistiques concernant les signalements de cas d'abus par les organisations de cautionnement sont disponibles sur le site internet covid19.easygov.swiss, sous la rubrique « pour les médias ».

Le plan de contrôle comprend notamment les mesures suivantes :

- L'organe central des organisations de cautionnement vérifie que toutes les conventions de crédit respectent des conditions de base et que les entreprises concernées n'ont pas déposé plusieurs demandes de crédit.
- En outre, les crédits sont vérifiés systématiquement sur la base d'une comparaison entre les données relatives à la TVA et d'autres données. Cette comparaison servira notamment à contrôler les données que les entreprises transmettent à propos de leur chiffre d'affaires et à identifier les anomalies.
- Enfin, les dispositions pénales et les dispositions en matière de responsabilité prévues dans l'ordonnance sur les cautionnements solidaires liés au COVID-19 ont été durcies. Pourront ainsi faire l'objet de poursuites non seulement les entreprises qui sollicitent un crédit, mais également leurs organes responsables et, par conséquent, les personnes physiques qui s'y rattachent.

Au 2 juin, 185 cas d'abus potentiels faisaient l'objet d'une enquête par les organisations de cautionnement, 11 cas avaient déjà été clarifiés sans abus constaté, et dans 12 cas la situation a pu être corrigée.

A ce jour, étant donné que nombre de cas sont encore en cours de clarification, aucune décision de justice n'a encore été prise concernant une condamnation pécuniaire ou une peine de prison. La situation est très dynamique et nous attendons une augmentation des cas d'abus potentiels à vérifier.

Parallèlement aux organisations de cautionnement, les banques sont également tenues de procéder à des contrôles. Tout abus ou tentative de fraude constaté doit être dénoncé au ministère public cantonal compétent. Nous n'avons pas de statistiques à ce sujet.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5243 Farinelli Covid 19 e costi della casse disoccupazione

La semplificazione delle procedure legate al lavoro ridotto ha permesso di erogare in maniera rapida le indennità alle aziende. Per raggiungere questo obiettivo si è passati ad un sistema che prevede un indennizzo forfettario in luogo delle procedura legata ad ogni singolo lavoratore. Considerato che una parte della procedura è gestita dalle casse disoccupazione, e che questa è notevolmente semplificata, come si sono rivisti gli indennizzi? Se non lo di è fatto perché?

Réponse

Les trois indications déterminantes pour calculer l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail à indiquer sur le formulaire de décompte doivent être attestées par l'entreprise au moyen des documents appropriés. Ces documents permettent de procéder à des contrôles.

L'organe de surveillance prévoit d'effectuer un nombre représentatif de contrôles auprès des entreprises qui ont obtenu l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail d'après l'ordonnance COVID-19 dans le cadre de la procédure simplifiée. Lors de ces contrôles, les inspecteurs examineront dans le détail, donc à l'échelle de chaque collaborateur, si l'indemnité a été versée de manière conforme. Un remboursement sera exigé si les prestations ont été obtenues indument.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5252 Nussbaumer

Anpassung der Bio-Verordnung an EU-Standard bei Aquakulturprodukten

Die schweiz. Bio-Verordnung umfasst keine Aquakulturprodukte im Gegensatz zur EU-Bio-Verordnung. Daher erkennt die Europäische Union gemäss der EU-Verordnung 2008/1235 Bio-Aquakulturprodukte aus der Schweiz nicht an, was entsprechende Exporte erschwert. Ab 2021 gelten in der EU neue Regeln. Ist im Rahmen einer Anpassung der CH-Bio-Verordnung vorgesehen, die Bio-Aquakulturprodukte gemäss dem EU-Standard in die schweiz. Bio-Verordnung aufzunehmen und damit die Exportfähigkeit zu erleichtern?

Réponse

Aujourd'hui, il n'existe pas de base légale pour édicter des dispositions sur l'aquaculture dans l'ordonnance sur l'agriculture biologique.

Le Conseil fédéral propose, dans son message du 12 février 2020 relatif à l'évolution future de la Politique agricole, l'extension du champ d'application de la loi sur l'agriculture à tous les organismes vivants, tels que les aquacultures, les algues et les insectes, servant de base à la production de denrées alimentaires et d'aliments pour animaux.

Cette modification crée la base légale permettant de régler l'aquaculture dans l'ordonnance sur l'agriculture biologique. Ceci permet d'améliorer la protection de la désignation "Bio" en Suisse pour ces produits et de compléter les régimes d'équivalence avec les dispositions correspondantes d'autres pays, et notamment de l'UE.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5261 Molina

Lockerung von Sanktionen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor COVID-19

Am 24. März 2020 rief die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, dazu auf, breite sektorielle Sanktionen gegen den Iran, Kuba, Nordkorea, Venezuela und Zimbabwe dringend zu lockern, um die Versorgung dieser Länder mit Medizinprodukten und Arzneimitteln zur Garantie des Rechts auf Gesundheit sicherzustellen. Unterstützt der Bundesrat diesen Appell? Falls ja: Was hat er unternommen, um ihm zum Durchbruch zu verhelfen? Ist er bereit einzelne Sanktionen selbständig aufzuheben?

Réponse

Le Conseil fédéral suit de près les discussions internationales sur un éventuel assouplissement des sanctions dans le cadre du COVID-19. Les appels lancés par le Secrétaire général de l'ONU, Antonio Guterres, et la Haut-Commissaire des Nations Unies aux Droits de l'homme, Michelle Bachelet, sont connus.

Les biens humanitaires, tels que les médicaments ou les denrées alimentaires, ne sont jamais soumis aux mesures de sanctions de la Suisse. Lorsque cela est nécessaire, des dérogations pour motifs humanitaires sont prévues. Ainsi les sanctions de la Suisse n'entravent en aucun cas la fourniture des équipements et du matériel essentiels nécessaires pour lutter contre le COVID-19.

A titre d'exemple, la DDC a récemment obtenu du comité compétent du Conseil de sécurité des Nations Unies une autorisation pour la livraison vers la Corée du Nord de matériel de désinfection et de protection. Par ailleurs, les autorités responsables en Suisse maintiennent un dialogue régulier avec leurs homologues européens à ce sujet.

La Suisse applique les sanctions prises par le Conseil de sécurité des Nations Unies et, dans certains cas, par l'Union européenne. Ces sanctions ont comme objectif le respect du droit international et les droits de l'homme. Or, à l'heure actuelle, ni l'ONU, ni l'UE n'ont suspendu ou levé des mesures de sanctions en lien avec le COVID-19. Si l'ONU ou l'UE prenaient une décision dans ce sens, le Conseil fédéral l'examinerait, et, le cas échéant, prendrait les mesures nécessaires.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5270 Locher Benguerel "Task Force Perspective Berufslehre 2020"

Es ist sehr erfreulich, dass der Bund rasch die «Task Force Perspektive Berufslehre 2020» einberief.

1. Wie oft nimmt die "Task Force Perspektive Berufslehre 2020" eine Einschätzung des Lehrstellenmarkts vor?
2. Für Anfang Juni wurde eine nächste Einschätzung angekündigt. Kann bereits etwas dazu gesagt werden?
3. Bis wann bleibt die «Task Force Perspektive Berufslehre 2020» bestehen?

Réponse

1. La Task Force « Perspectives Apprentissage 2020 » procède à une évaluation mensuelle de la situation sur le marché de l'apprentissage, ainsi que sur la transition du secondaire II au marché du travail. Elle fonde son évaluation notamment sur une enquête menée auprès des offices cantonaux de la formation professionnelle et sur une comparaison avec les chiffres de l'année précédente, comme par exemple le nombre de contrats d'apprentissage conclus. De plus, des évaluations importantes de la situation actuelle sont mises à disposition par les partenaires sociaux et les organisations du monde du travail.

2. Les évaluations de la Task Force « Perspectives Apprentissage 2020 » sont publiées en même temps que les chiffres du chômage du SECO. Il est prévu que l'évaluation de juin soit publiée le 9 juin 2020. D'une manière générale, on peut déjà dire que les chiffres de la Suisse alémanique sont largement stables par rapport à l'année précédente, alors qu'on observe un net recul en Suisse romande et au Tessin.

3. La Task Force « Perspectives Apprentissage 2020 » est mise en place pour une période limitée, jusqu'à la fin de l'année 2020. Elle est composée des membres de l'organe de pilotage « Formation professionnelle 2030 », c'est-à-dire constituée en partenariat avec la Confédération, les cantons et les organisations du monde du travail. Ce lien avec « Formation professionnelle 2030 » garantit que les questions relatives au marché de l'apprentissage pourront continuer à être discutées conjointement par les partenaires de la formation professionnelle, après la fin du mandat.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5279 Baumann

Was taugt die Liste des Bundes zur Reduktion der Risiken beim Einsatz von Pestiziden durch Hobby-Anwender?

Anfang 2018 antwortete der Bundesrat auf die Frage nach einem Verbot von Pestiziden für Hobbygärtner: «Noch dieses Jahr wird eine Liste mit Pflanzenschutzmitteln publiziert, welche für die nichtberufliche Verwendung zugelassen sind». Wo kann diese Liste gefunden werden, wie sieht sie aus und inwiefern taugt sie zur Reduktion der Risiken beim Einsatz von PSM durch Hobby-Anwender — verglichen etwa mit der Positivliste von Grün Stadt Zürich, FiBL, Familiengärtner Verband und organicinputs?

Réponse

La liste des produits phytosanitaires dont l'utilisation est autorisée par des non-professionnels est publiée dans l'index électronique des produits phytosanitaires. Cet index est disponible sur la page internet de l'Office fédéral de l'agriculture.

Cette liste comprend actuellement 356 produits. Elle conduit à réduire les risques dans la mesure où les produits particulièrement toxiques ne peuvent pas être autorisés pour cet usage. De plus, seuls les produits facilement utilisables sur des petites surfaces sont admis dans cette liste.

La liste élaborée par le FiBL et organicinputs sur mandat de la Ville de Zürich contient actuellement 133 produits. A la différence de la liste publiée dans l'index, la liste de FiBL ne contient que des produits admis en agriculture biologique.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5290 Gugger

Wie viele bienengefährliche Pestizide sind für die Hobbygärtnerei zugelassen?

Am 7. Mai 2019 berichtete eine Vertreterin der EAWAG in der Sendung Kassensturz über ein Insektizid, das Hobby-Anwenderinnen in der Landi problemlos kaufen können. Nur gerade 10 m davon können in einem Bach von einem Meter Breite, auf bis zu zwei Kilometern Länge die Hälfte aller Bachflohkrebse töten. Ist dieses Produkt für die Laienanwendung immer noch zugelassen? Sind für Hobby-Anwender weitere, ebenso bienengefährliche Pestizide erhältlich oder gar noch toxischere und wenn ja, wie viele?

Réponse

Le produit en question mentionné dans l'émission, le Gesal Insect-Stop, est toujours en vente. Les prescriptions d'utilisation de ce produit précisent qu'il est dangereux pour les organismes aquatiques et qu'il ne doit pas parvenir dans les eaux lors de son utilisation.

Actuellement, la liste des produits dont l'utilisation par des non-professionnels est autorisée comprend 356 produits. 48 de ces produits sont dangereux pour les abeilles - 28 d'entre eux étant admis pour la production biologique. Les produits phytosanitaires sont actifs contre des insectes nuisibles ou des maladies des plantes et peuvent avoir des effets secondaires sur d'autres organismes. C'est pourquoi il est nécessaire de respecter les prescriptions figurant sur les emballages lors de leur utilisation.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5291 Gugger

Wie viele bzw. welche synthetischen Pyrethroide und Organophosphate sind in der Schweiz heute zur Anwendung zugelassen?

Bei Untersuchungen der EAWAG zeigte sich, dass durch Pyrethroid- und Organophosphat-Insektizide höhere Risiken für wirbellose Kleinorganismen in Bächen ausgelöst werden, als durch alle anderen gemessenen Pestizide zusammen - im Extremfall bis zu 50-mal. Ich bitte den Bundesrat, folgende Frage zu beantworten (siehe auch 20.5160): Wie viele synthetische Pyrethroide und Organophosphate sind heute zugelassen und wie heissen sie? In wie vielen Mitteln für die Hobby-Anwendung sind sie enthalten?

Réponse

Comme mentionné dans la réponse à la question 20.5159, 7 pyréthriinoïdes de synthèse sont actuellement autorisés. Il s'agit des substances suivantes : bifenthrine, cyperméthrine, alpha-cyperméthrine, deltaméthrine, éthofenprox, lambda-cyhalothrine, zeta-cyperméthrine. Le dernier organophosphoré encore autorisé, le diméthoate, sera retiré du marché le 1^{er} juillet de cette année.

Concernant les utilisations non-professionnelles, 6 produits contenant de la cyperméthrine et 4 produits contenant de la lambda-cyhalothrine sont autorisés. À cela s'ajoutent 22 produits contenant de la pyréthrine naturelle.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5294 Klopfenstein Broggin

Risques chroniques des pesticides. Quelle est la durée des phases de récupération pour les invertébrés, selon l'homologation ?

En 2018, l'évaluation EAWAG des risques chroniques des pesticides a indiqué des risques pour la communauté d'invertébrés durant 43 à 100% de la période d'analyse. Ces risques de longue durée étaient dominés par des insecticides hautement toxiques et montrent clairement que des périodes de récupération avec une bonne qualité d'eau font défaut aux invertébrés. Quelle est la durée de ces phases de récupération, selon l'homologation ? De combien de temps le Conseil fédéral a-t-il besoin pour agir ?

Réponse

La période de récupération admise au niveau des prescriptions internationales se situe entre quelques jours et quelques semaines. Elle varie en fonction des organismes aquatiques testés.

Les familles de substances présentent des effets différenciés sur les divers organismes aquatiques. Pour cette raison, les risques sont évalués de manière indépendante pour chaque substance dans le cadre de l'homologation. Par contre, l'EAWAG calcule la durée totale pendant laquelle les substances mesurées présentent un risque pour les différents organismes aquatiques.

Pour réduire la cumulation des périodes présentant des risques, le Conseil fédéral propose, dans le cadre de la Politique agricole à partir de 2022, de prendre des mesures afin de réduire les émissions de produits phytosanitaires dans les eaux et de limiter l'utilisation des produits présentant un risque élevé pour les organismes aquatiques.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5299 Haab

Spielt der Bundesrat mit der Tiergesundheit beim GMF Programm?

Agroscope hat eine Studie erstellen über die Begrenzung der Proteinzufuhr in der Rindviehfütterung. Dies im Kontext der Grasland basierten Fütterung GMF und deren Weiterentwicklung in der AP22+. Die Studie kommt zum Schluss, dass eine nicht austarierte Fütterung bei Milchkühen zu Gesundheitsproblemen wie Ketose, Lahmheit, Fruchtbarkeitsproblemen, Fettleber oder Mastitis führen kann. Um dem Tierwohl und der Tiergesundheit gerecht zu werden muss GMF in der neuen AP fundamental überarbeitet werden?

Réponse

Dans le cadre de la Politique agricole à partir de 2022, le Conseil fédéral propose de modifier la contribution pour la « Production de lait et de viande basée sur les herbages ». Les adaptations portent sur l'approvisionnement en protéines nécessaires pour l'alimentation des bovins. Ces protéines doivent en premier lieu provenir de la propre production de l'exploitation. L'objectif de cette contribution est d'encourager l'affouragement des ruminants autant que possible à base d'herbe produite sur place. Il s'agit de réduire l'utilisation d'aliments concentrés tels que les tourteaux de soja ou le gluten de maïs.

Agroscope a été chargé d'examiner les effets de cette proposition. Les résultats montrent que des restrictions strictes d'utilisation des protéines dans l'affouragement des vaches laitières peuvent conduire à des risques pour le bien-être et la santé des animaux. Les mesures proposées tiennent compte de ces résultats et ne conduiront pas à des effets non souhaités en ce qui concerne le bien-être et la santé des animaux.

Par ailleurs, les apports en énergie ne sont pas limités, ce qui fait qu'il est toujours possible d'équilibrer les rations, notamment dans les périodes de surplus de protéines dans les herbages, et de lutter ainsi contre les risques de cétose.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5311 Piller Carrard RHT du personnel de l'accueil extra-familial (1)

Par décision du 1^{er} mai, le Seco a refusé des demandes de RHT pour le personnel des crèches, des accueils extrascolaires, et pour les assistantes parentales. Il semblerait que ces oppositions soient dues au fait que ce sont des collectivités publiques qui ont déposé les demandes.

Le Conseil fédéral est-il conscient que le refus du chômage partiel pour cette catégorie risque d'entraîner la perte de place de travail, de prestations et de structures d'accueil ?

Question 20.5312 Piller Carrard RHT du personnel de l'accueil extra-familial (2)

Par décision du 1^{er} mai, le Seco a refusé des demandes de RHT pour le personnel des crèches, des accueils extrascolaires, et pour les assistantes parentales. Il semblerait que ces oppositions soient dues au fait que ce sont des collectivités publiques qui ont déposé les demandes.

Est-il normal que le Seco traite les demandes RHT différemment en fonction de la forme juridique de ces structures d'accueil (subventionnées ou non)?

Réponse

Le but de l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail (RHT) est de préserver les emplois et d'éviter des licenciements à court terme, consécutifs à un recul temporaire de la demande et la perte de travail qui en résulte. Contrairement aux entreprises privées, les fournisseurs de prestations publiques ne supportent pas de risque entrepreneurial ou de risque de faillite parce qu'ils doivent mener à bien les tâches qui leur ont été confiées par la loi indépendamment de la situation économique. Les éventuels problèmes de liquidités, les dépenses supplémentaires ou même les pertes résultant de l'activité de l'entreprise sont couverts par des moyens publics, qu'il s'agisse de subventions ou d'autres moyens financiers. Il n'existe pas dans ces cas de risque de disparition d'emplois immédiat ou concret.

Dès lors, les fournisseurs de prestations publiques n'ont généralement pas le droit au chômage partiel pour leurs travailleurs. Le Tribunal fédéral précise cependant que, au vu de la diversité des formes de l'action étatique, on ne peut exclure d'emblée

que, dans certains cas concrets, les conditions donnant droit au versement de l'indemnité de chômage partiel pour le personnel d'établissements de droit public puissent être satisfaites. Cette question doit donc être tranchée au cas par cas.

Au vu de ce qui précède, le chômage partiel ne pourra être octroyé qu'aux crèches ne bénéficiant d'aucune aide publique ou aux crèches pour lesquelles, malgré une certaine aide publique, il existe un risque concret de licenciement.

Il est également important de préciser que la Confédération soutient les structures d'accueil extrafamilial qui ont subi une perte en raison de la crise du coronavirus puisqu'un crédit de 65 millions de francs a été approuvé à cet effet.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5315 Michaud Gigon

Prévenir les problèmes d'approvisionnement en cas de crise

La Suisse applique un système de réserves obligatoires afin de garantir l'approvisionnement du pays en denrées alimentaires et de parer aux crises. Les entreprises doivent avoir un stock de matières premières. Néanmoins, le Conseil fédéral a assoupli les règles d'étiquetage afin de prévenir des pénuries, car les fabricants dépendent de produits semi-finis, pas en réserve. Comment faudrait-il ajuster les réserves obligatoires pour ne pas avoir besoin de ce genre de système d'exception?

Réponse

L'assouplissement des règles de déclaration a pour but d'assurer la disponibilité en denrées alimentaires en cas de crise et d'empêcher le gaspillage alimentaire. Il peut arriver que, en raison d'une pénurie d'ingrédients ou de matériaux d'emballage, les composants d'un produit alimentaire ne correspondent pas aux informations figurant sur l'étiquette. C'est par exemple le cas si le sel marin doit être remplacé par du sel de table. L'interdiction de proposer ces produits aux consommateurs pourrait engendrer une pénurie temporaire et un gaspillage alimentaire, ce qui doit être évité. C'est pourquoi, les règles de déclaration des produits alimentaires ont été assouplies dans des cas exceptionnels.

En revanche, la constitution de réserves obligatoires vise à surmonter les pénuries graves de biens vitaux. Il existe ainsi des réserves de céréales, de sucre, d'huiles et de graisses végétales ainsi que de café et de riz. Il s'agit de denrées alimentaires de base qui devront ensuite être transformées par l'industrie alimentaire suisse. Les réserves visent à garantir l'approvisionnement de la population en denrées alimentaires.

Ces deux instruments ont été conçus pour servir des objectifs distincts et doivent donc continuer d'être appliqués indépendamment l'un de l'autre.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5327 Romano Disoccupazione per stagionali

Considerato l'art. 13 cpv. 4 della LADI, il Consiglio federale non ritiene di dover estendere il calcolo e la durata dei periodi di contribuzione anche ai lavoratori stagionali che si trovano confrontati, causa pandemia, a un periodo di occupazione limitato a pochi mesi nel 2020 (inizio ritardato della stagione)? L'attività lavorativa sarà ridotta, gli stagionali avranno quindi un periodo contributivo insufficiente (mancato raggiungimento di 12 mesi di contribuzione negli ultimi 2 anni).

Réponse

Selon l'Ordonnance sur l'assurance-chômage obligatoire, article 12a, la période de cotisation est aujourd'hui déjà multipliée par deux pour les 60 premiers jours du contrat de travail de durée déterminée des travailleurs actifs dans des professions où les changements fréquents d'employeur ou les contrats de durée limitée sont usuels. Compte tenu de cette disposition, la grande majorité de ces travailleurs devraient pouvoir atteindre la durée minimale de cotisation cette année, même s'ils font face à une réduction de leur activité saisonnière.

Par ailleurs, suite à la pandémie, l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail a aussi été étendue temporairement aux travailleurs avec un contrat de durée déterminée et les travailleurs temporaires. Les périodes de chômage partiel sont également prises en compte par l'assurance-chômage en tant que période de cotisation en vue d'une éventuelle perception d'indemnités de chômage.

Dès lors, le Conseil fédéral n'estime pas qu'il soit nécessaire d'étendre davantage la période de cotisation ou la durée d'indemnisation.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5329 Fridez

Des pistolets au poivre suisses pour réprimer les manifestants à Hong Kong

Des étudiants de Hong-Kong ont réalisé une pétition pour dénoncer l'exportation par une entreprise suisse de pistolets JPX4 envoyant du poivre et destinés à la police de Hong-Kong pour réprimer les manifestations populaires qui réclament démocratiquement plus de droit pour le peuple dans cette mégapole. Le Conseil fédéral peut-il confirmer ces allégations et le cas échéant prendre les mesures nécessaires pour faire cesser ces exportations?

Réponse

Les dispositifs de lancement de poivre, appelés communément pistolets au poivre, sont considérés comme des armes factices lorsqu'ils peuvent être confondus avec de véritables armes à feu du fait de leur apparence, cela en vertu de l'article 4 al. 1 let. g de la loi fédérale sur les armes, les accessoires d'armes et les munitions. Selon cette loi, l'exportation pour des destinataires à l'étranger à partir du territoire suisse est régie par la législation sur le contrôle des biens.

Le Conseil fédéral a connaissance des allégations faites à l'adresse d'une société suisse. Toutefois, le SECO, en tant qu'autorité compétente en matière de contrôle des exportations, n'a délivré aucun permis pour de tels dispositifs de lancement de poivre pour Hong Kong.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5332 Pasquier

Combien de pesticides dangereux pour les abeilles sont encore homologués pour l'usage professionnel et amateur?

Je remercie le Conseil fédéral de communiquer le nombre de pesticides nocifs pour les abeilles qui ont été interdits en Suisse au cours des cinq dernières années, le nombre de pesticides dangereux pour cet hyménoptère qui sont encore homologués et le nombre de pesticides dangereux pour cet insecte mellifère qui peuvent encore être utilisés par les utilisateurs amateurs.

Réponse

La base de données à disposition ne permet pas de répondre simplement à la question du nombre de produits dangereux pour les abeilles retirés ces cinq dernières années. Il serait nécessaire de procéder à une recherche qui dépasse le cadre de l'heure des questions. En revanche, il est possible de communiquer qu'actuellement 103 produits autorisés présentent un risque potentiel pour les abeilles. Parmi ceux-ci, 48 produits sont autorisés pour une utilisation par des non-professionnels - 28 d'entre eux étant admis pour la production biologique.

L'expérience montre qu'en respectant les conditions d'utilisation fixées dans l'autorisation, il est possible d'utiliser ces produits sans risque inacceptable pour les abeilles.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5339 Bertschy

Wie steht es mit den Risiken und der Toxizität von Pyrethroiden und Organophosphaten für Insekten?

Die EAWAG hatte im November 2019 nachgewiesen, dass die Risiken für Gewässerorganismen, die bereits von minimalen Konzentrationen von Pyrethroid- und Organophosphat-Insektiziden ausgehen, das Risiko aller anderen Pflanzenschutzmittel übertreffen kann. Wie hoch schätzt der Bundesrat die Risiken von Pyrethroiden und Organophosphaten für Insekten ein? Zum Beispiel im Vergleich mit den bereits verbotenen Neonicotinoiden? Wie und in welchem Zeitraum gedenkt er zu handeln?

Question 20.5341 Trede

Welche Schlüsse zieht der Bundesrat aus der Untersuchung der EAWAG und was unternimmt er?

Die EAWAG fand in diversen Bächen Konzentrationen von Pyrethroid- und Organophosphat-Insektiziden, die - sofern sie in Gewässer gelangen - für Fische und wirbellose Gewässerlebewesen offenbar ein hohes Risiko bergen. War dieses Risiko bei der Zulassung der Stoffe bereits vorhersehbar und wenn ja, wie wurde es berücksichtigt? Würden diese Stoffe heute noch zugelassen? Welche Schlüsse zieht der Bundesrat aus der Untersuchung der EAWAG, insbesondere betreffend die Anpassung der Zulassung?

Réponse

Comme mentionné dans la réponse aux questions 20.5148 et 20.5159, une procédure de réexamen des anciens produits phytosanitaires a été mise en place pour vérifier si les exigences actuelles pour l'octroi d'une autorisation sont toujours satisfaites. Les pyréthriinoïdes de synthèse font actuellement l'objet d'une procédure de réexamen. Il est toutefois trop tôt pour annoncer quels sont les résultats de cette procédure.

Quant au dernier organophosphoré, le diméthoate, il sera retiré du marché le 1^{er} juillet de cette année.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5343 Munz

Warum sind giftige und sehr giftige Pestizide für Hobbygärtner immer noch zugelassen?

Laut Schätzungen der EAWAG landen im Siedlungsgebiet sind bis zu 3 Prozent der ausgebrachten Pestizide in Gewässern, wo sie eigentlich nicht hingehören. Darunter sind auch Pflanzenschutzmittel, die für Gewässerlebewesen giftig bzw. sehr giftig sind. Seit wann weiss der Bundesrat um die Probleme von Pestiziden in Laienhänden und warum sind solche giftigen und sehr giftigen Pestizide für Hobbygärtner immer noch zugelassen?

Réponse

Le Conseil fédéral a déjà pris et continuera à prendre des mesures afin de limiter les risques liés à l'utilisation des produits phytosanitaires par les non-professionnels.

Une liste des produits autorisés pour un tel usage a déjà été publiée.

Dans le cadre du train d'ordonnances agricoles 2020, une nouvelle disposition dans l'ordonnance sur les produits phytosanitaires prévoit d'interdire la vente aux jardiniers amateurs des produits destinés à un usage professionnel.

Enfin, dans le cadre du plan d'action sur les produits phytosanitaires, il est prévu de renforcer les critères d'homologation des produits destinés aux non-professionnels. L'Office fédéral de l'environnement et l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires préparent actuellement ces nouveaux critères. Une consultation est prévue en 2021.



Heure des questions du 8 juin 2020

Question 20.5360 Aeschi Thomas

Reguläre Vernehmlassung und referendumsfähige Gesetzesvorlage für 20.3451 und 20.3460

Die Vorstösse 20.3451 und 20.3460 führen zu einem massiven Eingriff in die Eigentumsgarantie und zur Verletzung der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Ist der Bundesrat bereit, für die Motionen 20.3451 und 20.3460 eine reguläre, 3-monatige Vernehmlassung nach Art. 7 Abs. 3 VIG durchzuführen und dem Parlament eine referendumsfähige Gesetzesvorlage zu unterbreiten?

Réponse

Si les deux motions sont acceptées par l'Assemblée fédérale, le Conseil fédéral prévoit de soumettre un projet de loi au Parlement. La loi prévoit une procédure de consultation. Le délai habituel de trois mois peut être raccourci à titre exceptionnel si le projet ne supporte aucun retard. Cela pourrait être le cas ici.

Le cas échéant, le Conseil fédéral décidera de la durée d'une procédure de consultation lorsqu'il l'ouvrira. Dans ce contexte, il faudrait examiner si une procédure accélérée est envisageable pour une loi fédérale urgente au sens de l'article 165 de la Constitution fédérale. Un référendum ne pourrait être demandé qu'ultérieurement.



Heure des questions du 08.06.2020

Question 20.5236 Feller

Prise en charge des frais d'avocat de Michael Lauber dans le cadre de la procédure disciplinaire le concernant

A la lecture de la réponse du Conseil fédéral, rédigée par le Ministère public, à la question 20.1009, on devine (mais on n'en est pas sûr) que c'est le Ministère public (donc le contribuable) qui a payé les frais d'avocat de Michael Lauber dans le cadre de la procédure disciplinaire qui a duré du 9 mai 2019 au 2 mars 2020.

- Quel est le montant total de ces frais ?
- Ces frais sont-ils intégrés dans les charges du Ministère public apparaissant dans les comptes 2019 de la Confédération ?

Réponse

Die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) leitete die Frage an die Bundesanwaltschaft (BA) weiter. Die von der BA nachfolgend wiedergegebene Rechtsauffassung weicht von derjenigen der AB-BA ab. Die Antwort der BA lautet im Wortlaut wie folgt:

Wie die BA in ihrer Antwort auf die Anfrage 20.1009 erklärte, ist die Rechtslage betreffend die definitive Kostenübernahme der dem Bundesanwalt prozessual zustehenden anwaltschaftlichen Vertretung unklar. Die Klärung dieser offenen Rechtsfrage wird in Absprache mit den zuständigen Gremien der parlamentarischen Oberaufsicht erfolgen. Zurzeit läuft die Koordination zur Behandlung dieser Thematik in der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte (FinDel).

Bis zu einer definitiven Regelung werden die Kosten einstweilen von der BA getragen. Die Höhe der Kosten wird erst nach rechtskräftigem Beschwerdeentscheid des Bundesverwaltungsgerichts abschliessend zu bestimmen sein. Bis dato hat die BA einstweilen einen Betrag von CHF 39'889.85 bezahlt; dieser ist Teil der Ausgaben in der Rechnung 2019 der BA.



Heure des questions du 08.06.2020

Question 20.5241 Page

Coûts des avocats du Procureur général de la Confédération. Le Procureur paie-t-il lui même ses avocats

Pour assurer sa défense dans les déboires professionnels qui l'opposent à son employeur, le Procureur général de la Confédération a fait appel à des avocats. Il apprend que ces avocats sont pris en charge par son propre employeur, le Ministère public !

Je pose deux questions :

- à quel montant s'élèvent à ce jour ces frais d'avocat payés par le contribuable et
- quelles mesures a pris le Conseil fédéral afin que, à la fin de ce conflit, le Procureur général règle lui-même ses propres frais d'avocats.

Réponse

Die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) leitete die Frage an die Bundesanwaltschaft (BA) weiter. Die von der BA nachfolgend wiedergegebene Rechtsauffassung weicht von derjenigen der AB-BA ab. Die Antwort der BA zur ersten Frage lautet wortgetreu wie folgt:

Der Bundesanwalt befindet sich nicht im Streit mit seiner Arbeitgeberin; auch ist die BA nicht Arbeitgeberin des von der Vereinigten Bundesversammlung gewählten Bundesanwalts. Der Bundesanwalt ist vielmehr Partei in einem von der AB-BA gegen ihn geführten Disziplinarverfahren, das sich gegenwärtig im Beschwerdestadium vor dem Bundesverwaltungsgericht befindet. Der Bundesanwalt macht von seinem Recht Gebrauch, sich gemäss Artikel 11 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (SR 172.021) auf jeder Stufe des Verfahrens anwaltlich vertreten zu lassen.

Die Rechtslage betreffend die definitive Kostenübernahme der dem Bundesanwalt prozessual zustehenden anwaltschaftlichen Vertretung ist unklar. Die Klärung dieser offenen Rechtsfrage wird in Absprache mit den zuständigen Gremien der parlamentarischen Oberaufsicht erfolgen. Zurzeit läuft die Koordination zur Behandlung dieser Thematik in der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte (FinDel).

Bis zu einer definitiven Regelung werden die Kosten einstweilen von der BA getragen. Die Höhe der Kosten wird erst nach rechtskräftigem Beschwerdeentscheid des Bundesverwaltungsgerichts abschliessend zu bestimmen sein. Bis dato hat die BA einstweilen einen Betrag von CHF 39'889.85 bezahlt.

Zur zweiten Frage nach den getroffenen Massnahmen nimmt die AB-BA wie folgt Stellung: Es ist Sache der BA dafür zu sorgen, dass bei einem abschlägigen Entscheid der FinDel die Kosten durch den Bundesanwalt übernommen und die geleisteten Zahlungen zurückerstattet werden. Die AB-BA wird dies im Rahmen ihrer Befugnisse beaufsichtigen.